

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Nr. 131.

Magdeburg, Sonnabend, den 9. Juni 1900.

II. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

## Der Flottenvorlage zweite Lesung.

Zweiter Tag.

Deutscher Reichstag.

205. Sitzung, Donnerstag, den 7. Juni 1900, 1 Uhr.

Vom Bundesratlich: Tirpit, v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **Deklaration** zu Art. 35 des internationalen Übereinkommens über Maßregeln gegen die **Verfälschung**. Diefelbe wird in erster und zweiter Lesung debattelos genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der **Flottenvorlage**. Die §§ 2—5 werden debattelos angenommen.

§ 6 regelt die Deckung. Der durch die Vorlage bedingte Mehrbedarf an Einnahmen soll nach den Steuervorschlägen geregelt werden durch Erhöhung der Stempelabgaben und Einführung von solchen auf Rüge und Schiffsfacharbeiten und durch erhöhte Zölle auf Schmirne, weine, ferner Bier und Braumwein. Ein etwaiger Zuschlag soll nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der den Massengebrauch belastenden Reichsabgaben gedeckt werden.

**Abg. Dr. v. Siemens** (freis. Bp.): Schon bei früherer Gelegenheit habe ich darauf hingewiesen, daß die Konsequenz der Versteuerung des Schwindens des Mittelstandes im Bankiergewerbe und die Fälligkeit von Großkapitalisten ist. Würde ich mich durch meine persönlichen Interessen leiten lassen, so würde ich begeistert diesen neuen Steuervorschlägen zustimmen. (Hört, hört!) Die Börse wird durch alle diese Maßnahmen nicht untergehen, sie ist eben ein unentbehrliches Institut, wie jedes, das zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse dient. Sie wird übrigens nicht einen Pfennig von den neuen Steuern tragen, denn seit Koachs Zeiten haben die Kommissionäre stets ihre Ausgaben den Auftraggebern in Rechnung gestellt.

Zu der Kommission fiel das Wort vom Verfallsdatum. Wenn Sie in dieser unserer Zeit der hochentwickelten Arbeitsteilung den Verkehr erschweren, so erschweren Sie den kulturellen Fortschritt. (Sehr richtig! links.) Die natürliche Entwicklung, daß sich die großen Unternehmungen in Aktiengesellschaften verwandeln, erschweren Sie durch den Emissionsstempel. Dieser Emissionsstempel hat aber auch außerpolitische Bedeutung, die sich bei Anleihen äußern wird, die ein fremder Staat bei uns aufnehmen will. In der heutigen Zeit, wo die politischen Kämpfe — z. B. der Kampf zwischen England und Rußland — wesentlich finanzielle Kämpfe sind, bedeutet die Schwächung der Börse gleichzeitig die Schwächung des politischen Einflusses des besitzenden Landes. Und diese Schwächung der Expansionskraft gerade in dem Augenblick, da man eine Weltpolitik inaugurieren will, halte ich für das Älteste. (Beifall links.)

**Abg. Müller** (freis. Bp.): Auch die Gegner der Flottenvorlage haben allen Grund, daran mitzuarbeiten, daß das Gesetz in seiner Ausführung möglichst wenig nachteilig gestaltet wird. Daß das Zentrum die Deckungsfrage gleich mit in die Flottenvorlage hereingezogen hat, kann ich nach den Erfahrungen, die wir bei Militär- und Flottenvorlagen, bei denen das Ende stets nachkam, gemacht haben, nur loben. Ich hoffe, dieser Vorgang wird bei der Beurteilung späterer Marine- und Militärvorlagen erzählerisch auf weitere Kreise der Nation wirken.

Ich bin von Anfang an dafür eingetreten, daß die neuen Steuern, deren Notwendigkeit im Falle der Flottenvermehrung ich voraussetzte, so gestaltet werden, daß die Möglichkeit vorlag, sie je nach Bedarf einzuziehen oder aber nicht einzuziehen. Von diesem Standpunkt aus sind wir für die Einführung einer **Reichsvermögenssteuer** eingetreten.

Wie die neuen Steuern jetzt bewilligt werden sollen, besteht die Gefahr, daß **zuviel Einnahmen** zur Verfügung stehen und dadurch ein starker Anreiz für koloniale und militärische Forderungen gegeben sein wird. Die Resolution, die etwaige Uebererschüsse zur Schuldentilgung verwandt wissen will, wird ein frommer Wunsch bleiben. Befürchte ich eine Spur von einer boshafte Idee (große Heiterkeit), so könnte ich mich darüber freuen, daß gerade die stotenschwärmereischen Kreise durch neue Steuern getroffen werden sollen. Es werden aber auch Interessenten und Kreise davon berührt, die an der Flottenbegeisterung unerschütterlich sind.

Der **Emissionsstempel** erschwert, wie schon mein Vorredner ausgeführt hat, die naturgemäße Entwicklung der Aktiengesellschaften. Eine **Konsumsteuer** dürfte gerade in diesem Augenblick der allgemeinen beklagten Notwendigkeit wenig angebracht sein. Der **Schwarz- und Weißzoll** wird wenig eintragen; es würde sich überhaupt empfehlen, die ganze Schammweinfrage vorläufig zurückzustellen. Bei der Braumwein- und Biersteuer handelt es sich keineswegs um eine Abgabe auf den Luxus; der Rum z. B. wird zur Verfeinerung und Berechtigung des inländischen Braumweins — der es meist sehr nötig hat — verwandt. Ebensovienig kann die Versteuerung ausländischer **Biere** als eine Luxusabgabe angesehen werden. Wir können also nur für eine Reichsvermögenssteuer und für die Erhöhung des Lotteriestempels stimmen; alle anderen Steuern lehnen wir ab. (Beifall links.)

**Abg. v. Kardorff** (Abt.): Meine politischen Freunde werden bei den Kommissionsbeschlüssen stehen bleiben. Die Ausführungen der Abgg. **Bebel** und **Nichter** stehen in scharfem Gegensatz zu einander: der erstere meint, daß die neuen Steuern nicht ausreichen werden, der zweite dagegen, daß sie zu viel Geld abziehen werden.

**Abg. Bebel** (Soz.): Herr v. Kardorff gegenüber will ich nur bemerken, daß ich gestern gesagt habe, die von der Kommission vorgeschlagenen Steuern stimmten nicht zu dem Deckungsprogramm, das am 8. Februar d. J. der Abg. Dr. Schädlcr hier entwickelt hat, der damals ausdrücklich erklärte, daß die Lasten auf die leistungsfähigen Schulklassen gelegt werden müßten. Der Abg. Gröber ist noch in der Kommission mit allem Nachdruck für eine Reichsvermögenssteuer eingetreten. Erst als die Regierung rund und weit erklärte, auf eine solche nicht eingehen zu wollen, ist man dazu geschritten, aus allen Ecken und Enden die Steuerentwürfe zusammenzutragen. Die Kommissionsvorschläge stimmen also mit dem ursprünglichen Zentrumprogramm nicht überein.

Die industriellen Kreise sind steuerfrei geblieben (Sehr richtig! links); die Flottenlieferanten brauchen nicht bluten, was der Fall sein würde, hätte man sich zu einer **progressiven Einkommensteuer** entschlossen. Eine solche hätte nirgends Verkehrsbeziehungen gestört oder geschäftliche Verbindungen gehindert, sie hätte das alles vielmehr gefördert, da jeder bestrebt ist, sein Einkommen möglichst zu erhöhen. Dagegen solche Verkehrssteuern, wie sie hier vorgeschlagen werden, rufen nur entweder Mißmut oder Schleichheit, die sich listig der Last zu entziehen weiß, hervor. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wicht man die Steuervorschläge im einzelnen durch, so kann man höchstens von der Versteuerung des Champagners und der Flaschenliqueure behaupten, daß sie die besitzenden Klassen belasten, übrigens nur mit einer ganz minimalen Summe. Alles übrige trifft die unteren Volksklassen, wie die Versteuerung von Bier, Rum und Cognac in Ziffern. Weiter wird eine Erhöhung der **Versteuerung** verlangt. Die Börse ist für die heutige Gesellschaft eine Lebensnotwendigkeit und wir bekämpfen jede Versteuerung des Handels und Verkehrs, einerlei, welches Organ derselben sie trifft. Alle Maßnahmen gegen die Börse in den letzten Jahren haben nur das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bewirken sollten. Den Vorteil haben nur die großen Geschäfte gehabt. Auch das Börsenpersonal hat sich mit aller Eufriedenheit gegen eine neue Versteuerung der Börse gewendet. Durch die Versteuerung der Börse werden die kleinen Leute ganz erheblich belastet, denn 71 Prozent aller Börsengeschäfte sind unter 6000 Mark, werden also von kleinen Rentiers, Geschäftslenten und Handwerkern gemacht.

Zu der Kommission wurde auf die **Gewinne** hingewiesen, die den **Unternehmern** aus den Aufträgen infolge der Flottenvermehrung zuzuführen wären. Zu der Kommission wurde festgestellt, daß der Gesamtbeitrag an Panzerplatten allein in den nächsten 16 Jahren nach Abschluß der Auslandsschiffe 220 Millionen Mark ausmachen würde. Nimmt man an, daß davon die Hälfte Reingewinn ist, so würde das einen Vorteil von 110 Millionen Mark ausmachen, die sich auf die Werte von Krupp und die Dillinger Werke verteilen würden. Würde man der Weg der direkten Versteuerung beschließen, so daß auf Einkommen von 100 000 Mark an 4 Prozent abgegeben werden müssen, dann müßten die Herren Krupp und Stumm über 100 000 Mark an das Reich zahlen allein von dem Verdienst an Panzerplatten. **Krupp allein** hat ein Einkommen von 8 Millionen Mark, müßte also bei 4 Prozent 320 000 Mark an das Reich zahlen. In Wahrheit zahlt er aber keine 1000 Mark an das Reich. Wenn der ganze Reichstag nach seinem Vermögen zu der Flottenvorlage beisteuern müßte, so müßte er 700 000 Mark zahlen. Nach den neuen Steuervorschlägen zahlt er aber keine 7000 Mark zur Flottenvorlage. (Heiterkeit.) Wenn also jemals die Verprechungen, die man der Öffentlichkeit gegenüber gegeben hat, nicht gehalten werden sind, dann in Bezug auf die Deckungsfrage. Auch hier sind die einzigen, die betrogen worden sind, die deutschen Wähler. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Dr. Baasche** (natl.): Wir werden vor allem dafür eintreten, daß das Mehr, was an Einnahmen bewilligt ist, zur Tilgung der Reichsschulden verwandt wird. Den Widerspruch gegen die einzelnen Steuervorschläge verstehen wir nicht.

**Abg. Graf v. Kanitz** (kons.): Mit den Vorschlägen der Kommission bin ich nicht sehr einverstanden. Das deutsche im Ausland investierte Kapital ist garnicht herangezogen. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren, die ihr Geld im Ausland angelegt haben, werden von der Flotte geschützt, ohne daß sie zu den Kosten dieses Schutzes etwas beizutragen brauchen. Wichtig ist für uns, genau zu wissen, wie die Deckung erfolgt. Fällt die Deckung nicht in unserem Sinne aus, so bin ich nicht in der Lage für das Flottengesetz stimmen zu können. Sympathischer als eine Reichseinkommensteuer wäre mir eine Einkommensteuervorschlag mit der Qualität und dem Preise des Weines. Mit Herrn Siemens bin ich einverstanden, daß das Kapital eine große Macht ist. Deshalb wollen wir unsere Zoll- und Handelspolitik so einrichten, daß das deutsche Kapital, nicht das fremde Kapital bei uns diese Macht ausübt. (Beifall rechts.)

**Abg. Gröber** (Centr.): Der Anschlag der Kosten durch eine Anleihe können wir nicht zustimmen. Man hat eine Erhöhung der Militärarbeitsbeiträge vorgeschlagen. Das hätte dazu geführt, daß Kulturaufgaben, z. B. die Schule, Not gelitten hätte. Also auch dieser Weg ist nicht gangbar. In einem Einheitsstaat wäre sicher eine direkte Reichsteuer die einfachste und beste Form, in einem Bundesstaat ist eine solche Steuer nicht leicht durchzuführen. Sowohl bei der Reichseinkommen- wie bei der Reichsvermögenssteuer würde man mit den Einzelstaaten in Konflikt gekommen sein. Auch der von uns angeregte Gedanke einer Reichserbschaftsteuer ist nicht aufgenommen worden. Der Graf v. Kanitz hat eine Reichsvermögenssteuer empfohlen. Gerade die Einführung dieser Steuer würde in Deutschland große Schwierigkeiten machen. Besonders gewundert hat mich, daß dieser Steuervorschlag von agrarischer Seite kam. Wer wie die Sozialdemokratie die Börse stets und ständig in Schutz nimmt, der muß es sich gefallen lassen, als Schutztruppe der Börse bezeichnet zu werden. (Sehr gut! im Centrum und rechts.)

**Abg. Bebel**: Das ist einfach unverschämlich! Präsident **Graf Walldorf** ruft den Abg. Bebel wegen dieser Neußerung zur Ordnung.

**Abg. Gröber** (fortfahrend): Die Prophezeiungen aus den Kreisen der Börse brauchen uns nicht zu genieren. Was die Abänderungsanträge betrifft, so werden wir, falls durch sie die Steuersumme wesentlich abgeschwächt wurde, unsere Konsequenzen bei der dritten Lesung zu ziehen wissen. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

**Abg. Richter** (freis. Bp.): Ich halte die Einführung der Reichserbschaftsteuer nur für eine Frage der Zeit. Ich persönlich erwärme mich freilich am meisten für eine Reichsvermögenssteuer, weil diese schon bei kleinen Prozentsätzen erhebliche Beträge bringt. Die Frage der beweglichen Reichseinkommensteuer wird nicht von der Tagesordnung verschwinden.

**Abg. Dr. v. Siemens** (freis. Bp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Grafen Kanitz. Er sei nicht in den Reichstag gewählt, um persönliche Interessen, sondern die der Allgemeinheit zu vertreten.

**Abg. Graf Kanitz** (kons.): Ich habe — das muß ich Herrn Gröber erwidern — nur von einer Versteuerung der teuren Weine gesprochen, und damit habe ich auch nur meine persönliche Anschauung zum Ausdruck gebracht.

**Abg. Bebel** (Soz.): Wenn Herr Gröber meine Partei als Schutztruppe der Börse bezeichnet, so ist das eine beweislose Beschuldigung. Wir sind gegen jede Steuer, die den Verkehr belastet. Herr Gröber meint, er hätte mit seinen Vorschlägen einer Reichseinkommen- und Erbschaftsteuer wenig Gegenliebe gefunden. Fällt die Herren aber gesagt: ohne die direkte Versteuerung keine Flotte! dann hätte die Regierung auch nachgegeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir übrigens die Reichseinkommensteuer befristeten, so setzen wir voraus, daß die Herren, die unter gestützten Strohdächern sitzen, nicht davon getroffen werden. (Große Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Richter** (freis. Bp.): Gegen die Reichserbschaftsteuer haben wir das Bedenken, daß sie keine bewegliche Steuer ist. Die Drohung des Centrums: ohne Deckung keine Flotte! kann sich nicht auf uns, sie muß sich auf die Nationalliberalen bezogen haben. Die

Regierung freilich verhält sich zu den Steuervorschlägen so schweigsam, als ob sie die ganze Steuerfrage nichts anginge. (Heiterkeit.) Die Konservativen sagen jetzt plötzlich: Werden die Stempelsteuern nicht bewilligt, dann sind wir für die Flotte nicht zu haben. Das ist die große nationale Begeisterung! (Heiterkeit.) Wird die Stempelsteuer nicht bewilligt, dann fort mit der Flotte, mit der „gräßlichen“ Flotte! (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. § 6 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei angenommen.

Debattelos angenommen wird darauf die Schlußbestimmung, wonach das Gesetz gleichzeitig mit den noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden Gesetzen betr. Abänderungen des Reichsstempelgesetzes und des Zolltarifgesetzes in Kraft treten soll. Schließlich liegen noch folgende Resolutionen vor: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirtschaft die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Bezug fremdländischer Arbeiter geöffnet werden.“

Die Resolution wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei angenommen.

Eine weitere Resolution verlangt für Anfang der nächsten Session einen Gesetzentwurf, durch den die Versteuerung des Sacharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraut der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird. Die Resolution wird gleichfalls angenommen.

Damit ist die **zweite Beratung der Flottenvorlage erledigt**. Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (zweite Beratung der Postkonvention, Gesetze betr. Abänderung des Reichsstempelgesetzes und des Zolltarifs.) Schluß 5 1/2 Uhr. —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Ueber die **Kanalvorlage** liegt nun endlich eine ministerielle Erklärung vor. Herr von Thielmann gab am Donnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus — eine Skizze der Verhandlung bringen wir in der morgigen Beilage — die Erklärung ab, daß, da der Landtag mit Recht die Vorschläge der Interessenten würde eingehend prüfen wollen, er „nicht mehr in der Lage sein werde, eine so schwerwiegende Vorlage noch in der laufenden Session zu verabschieden. Die Regierung bedauere das, werde aber in der nächsten Session die Vorlage so früh als möglich einbringen, daß die Beratung dieser hochwichtigen Vorlage in aller Ruhe und Gründlichkeit erfolgen kann.“ Da es in der nächsten Session ja wohl noch nicht wieder eine Flottenvorlage gibt, wird man dann vielleicht den harten Strauß mit den Kanalrebellen wagen.

Der **lex Heinze** hat der Bundesrat mit einer Fügigkeit, wie sie zweifelsohne anderen Parlamentsbeschlüssen gegenüber weit wünschenswerter, weil nützlicher wäre, am Donnerstag seine Zustimmung erteilt. —

Die **Schulkonferenz** ist am Mittwoch vormittag im Konferenzsaal des Kultusministeriums durch den Kultusminister Stadt eröffnet worden. Wilhelm II. war entgegen seiner Absicht verhindert, den Beratungen beizuwohnen. An der Konferenz nahmen nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung außer dem Minister 8 Mitglieder des Kultusministeriums sowie 34 Schulmänner, Universitätsprofessoren und Mediziner teil. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bestätigt, daß die Berechtigungsfrage einer der Hauptgegenstände der Konferenz bildet. Ueber die Beratungen der Konferenz enthält weder der Reichsanzeiger noch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Mitteilungen. Nach dem Berliner Tageblatt wurde am Mittwoch über die prinzipielle Frage verhandelt, ob alle höheren Anstalten bezüglich des Universitätsstudiums einander gleichgestellt werden und den Realschuln nach der Abschlußprüfung dieselben wissenschaftlichen Disziplinen wie den Gymnasialabiturienten zum Studium eröffnen sollen. Ein endgültiger Beschluß wurde bisher noch nicht gefaßt. Es sprach eine Reihe von Realschulmännern warm für die Gleichstellung der Realschulen mit den humanistischen Anstalten. Auch der Minister nahm mehrmals das Wort zu längeren Ausführungen. Am Donnerstag verhandelte die Konferenz über die Frage, wie der Unterricht im Griechischen und Englischen nach einheitlichen Grundfäden an den höheren Unterrichtsanstalten zu regeln sei. Im allgemeinen stellte sich die Konferenz auf den Standpunkt, daß wir zu viel „Sprachschulen“ haben, aber weniger der praktischen Bedürfnisse Rechnung tragen. Es wurde daher eine Einschränkung des Unterrichts im Griechischen und ein späterer Beginn desselben befürwortet. Andererseits sprachen sich die Konferenzteilnehmer für eine Ausbreitung des englischen Unterrichts auf den Gymnasien aus, an denen das Englische noch fakultativer Unterrichtsgegenstand ist. Von den Freunden der Realwissenschaften wurde auf die völlig veränderte Lage aller Verhältnisse verwiesen, die es für den jungen Deutschen nicht mehr angängig machten, daß er nur in fernen Zeiten Bescheid wisse. Heute müsse er auch genau wissen, wie es in fernen Ländern aussehe. Aus diesem Grunde dürfe aber auch über die Sprache der alten Hellenen nicht das Idiom des im



Die Gemüter der Angestellten erregt und weite Kreise des Publikums gegen die Direktion eingenommen; Stadtdirektor Tramm soll seine Entlassung über dieses Verhalten des Direktors Krilger ausgesprochen haben. Trotz allem ist die Kommission der Angestellten ermächtigt, alle geeigneten Mittel und Wege einzuschlagen, um eine Einigung herbeizuführen. Pfingsten ereigneten sich Ständeskandale, ähnlich denen in Berlin. Mehrfache Kravalle hat es gegeben, der Säbel hat gehauen, und es fehlte nicht viel, so hätte, wenn auch nicht die Flinte, so doch der Revolver geschossen, womit man das Publikum bei den Ansammlungen mehrfach bedrohte. Es ist Blut geflossen, zahlreiche Verhaftungen und Verwundungen sind vorgekommen, es sind Wagen demoliert worden, und man hat "Arbeitswillige" verhaften. Die Streikenden sind selbstverständlich an den Zusammenrottungen vollständig unbeteiligt. Um auch den Verdacht zu vermeiden, sind sie nach außerhalb gepilgert, wo sie mit der Straßenbahn gar nicht in Verührung kamen.

Der Leipziger Bäckerstreik ist für beendet erklärt. Die Gefellen sind nicht in allen Betrieben mit ihren Forderungen durchgedrungen, sie erachten das Erzwungene als eine Abschlagszahlung.

Die Lohnkommission der Berliner Bäckerei-Arbeiter hat am Dienstag den Meisten Forderungen unterbreiten lassen. Sie verlangt bis Mittwoch, den 6. Juni, abends 10 Uhr, Antwort mit dem Bemerkten, daß, wenn bis dahin keine zutreffende Antwort erfolgt, dies als Ablehnung zu betrachten sei.

Die Formner Münbergs stehen seit längerer Zeit im Streik. Die Gießereibesitzer lehnten es wiederholt ab, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Sie begründen ihr Fernbleiben damit, daß sie die Forderungen der auswärtigen Konkurrenz wegen nicht bewilligen könnten.

In Spandau streiken die Maurer.

### Dritte Generalversammlung des Centralvereins deutscher Formner.

Hamburg, 4. Juni. Am Vormittag des zweiten Pfingsttages trat die von 60 Delegierten besetzte Generalversammlung in Lütjens' Etablissement zusammen. Als Gast ist Suhr-Kopenhagen, Vorsitzender des dänischen Formnerbundes, anwesend. Die hauptsächlichsten Punkte sind: Die Vereinbarungen mit dem Metallarbeiter-Verband und unsere fernere Taktik bei Streiks und Ausperrungen. Suhr übermittelte in herzlichen Worten die Grüße der dänischen Fachgenossen und drückte deren Bereitwilligkeit aus, die deutschen Formner in ihren Kämpfen in gleicher Weise zu unterstützen, wie diese die dänischen Ausgesperrten unterstützt hätten. (Beifall.) Der Vorsitzende des Verbandes, Reichstagsabgeordneter Theodor Schwarz-Büdel, legte hierauf den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes vor, dem wir das Folgende entnehmen: Die Organisation ist von 1895 bis Ende 1899 um 5559 Mitglieder gestiegen, jedoch die Mitgliederzahl am Schlusse des Berichtsjahres 10500 betrug, während zur Zeit dem Verband rund 11 000 Mitglieder angehören. In Deutschland sind insgesamt 49 225 Formner und Eisengießer und 15 851 Hilfsarbeiter tätig. Es sind mithin 16 Prozent der im Beruf beschäftigten Arbeiter organisiert. Zieht man nur die Formner in Betracht, so ergibt sich, daß 20 Prozent derselben dem Verband angehören. Im Berichtsjahr betrug die Zahl der Verwaltungskosten 144 gegen 62 in 1895. Gleichen Schrittes mit der Expansion des Vereins hat sich dessen finanzielle Leistungsfähigkeit gehoben. Für Agitation wurden 1899 3065,21 Mark verausgabt. Hinsichtlich der Agitation ist Deutschland in eine Anzahl Bezirke eingeteilt, welche von ad hoc eingesetzten Kommissionen planmäßig bearbeitet werden. Einen breiten Raum in dem Bericht nimmt das Kapitel "Streiks" ein. Noch nie seit dem Bestehen des Vereins ist eine so lebhafteste Streikbewegung zu verzeichnen gewesen, als im Berichtsjahre. In 53 Orten waren Differenzen zwischen den Eisengießerei-Arbeitern und den Unternehmern ausgebrochen. In 30 Orten wurden die entstandenen Differenzen nach kurzen Verhandlungen beigelegt, ohne daß die Hauptkassse in Anspruch genommen zu werden brauchte. In 28 Orten war der Erfolg nicht immer befriedigend. Resultatlos verliefen die Streiks in Essen a. M., Kiel, Frankfurt a. M., Leipzig, M.-Gladbach, Jena, Köln, Kottz bei Dresden und Aachen. Die Zahl der Ausständigen betrug insgesamt 1321, die Gesamtdauer der Streiks 229 Wochen. Die Ausstände erforderden eine Geldsumme von 124 959 Mark, wovon 89 601 Mark die Hauptkasse leistete. Der Reservefonds belief sich in Einnahme und Ausgabe auf 86 182 Mark. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden 11 627 Mark gezahlt. Das Vereinsorgan "Glück auf!" bedurfte eines Zuschusses von 11 932 Mark. In der Gesamtabrechnung des Vereins sind auf der Einnahme- und Ausgabeseite 157 761 Mark aufgeführt. Das Bankkonto beträgt 11 139 Mark. Der Referent machte den Vorschlag, einen Reservefonds in Höhe von 100 000 Mark anzulegen. Die sämmtlichen Poststellen ersuchte er, pünktlich abzurechnen, widrigenfalls dieselben die Berechtigung auf Streikunterstützung aberkannt werden müßte. Redner richtete einen warmen Appell an die Delegierten, für die Vereinsinteressen nach jeder Richtung hin Sorge zu tragen. Darauf wurde die Generalversammlung auf Dienstag morgen vertagt.

### 2. General-Versammlung des Verbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands.

Die organisierten Handlungsgehilfen hielten ihren Verbandstag am zweiten Pfingsttag in Dresden ab. Anwesend sind 9 Delegierte, die 10 Mitgliedschaften vertreten, außerdem vom Vorstand Segnitz und Kohn und der Redakteur des Handlungsgehilfen-Blattes Kaliski. Von Prag ist Kusza erschienen. Die Mitgliedschaft München ist nicht vertreten. Aus dem Geschäftsbericht, den Segnitz erstattet, geht hervor, daß der Verband am 1. April 1898 337 Mitglieder zählte, während der Mitgliederbestand am 1. April 1900 685 beträgt. Die Einnahmen betragen in der Zeit vom 1. April 1898 bis ultimo Dezember 1900 8995,73 Mark, die Ausgaben betragen 6979,97 Mark. Das Verbandsorgan kostete in diesem Zeitraum 493,20 Mark, von denen jedoch 1357,23 Mark durch Inserate und Abonnements wieder eingebracht wurden. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 1281,65 Mark, an Unterstützung bei Streiks usw. wurden 693,75 Mark ausgegeben. Aus der Diskussion über den Geschäftsbericht ist folgende Mitteilung eines Berliner Delegierten von Interesse: Die Mitgliedschaft Berlin sei mit dem Vorstände einer Meinung darin gewesen, daß die Agitation gegen die Warenhaussteuer nicht in erster Linie Sache der Angestellten, sondern der Warenhausbesitzer sei. Als diese dann eine solche Agitation begannen, habe der Verband sich selbstverständlich daran beteiligt. Die Deputation der Warenhausangestellten habe dem Finanzminister in einer Audienz in Aussicht gestellt, daß die Warenhausangestellten zum Centralverband der Handlungsgehilfen, der im Geruche sozialdemokratischer Besinnung stehe, abgemelten werde. Nachdem nunmehr die Steuer angenommen worden sei, werde der Verband an die Angestellten in den Warenhäusern herantreten und sie zwingen, zu bekennen, ob es ihnen mit der Drohung Ernst gewesen sei.

Ein Antrag der Hamburger Mitgliedschaft, einen Beamten für Redaktion und Verwaltung in Hamburg anzustellen, wird vorläufig verlagert und dem Vorstand aufgegeben, zu geeigneter Zeit durch Urabstimmung eine Entscheidung herbeizuführen.

Ueber den Arbeiterschutz und Unfallversicherung im Handelsgewerbe referiert darauf Reichstagsabgeordneter Rosenow. Die Wichtigkeit seiner Ausführungen sind die Forderungen der folgenden Resolution:

Die kapitalistische Entwicklung zum Großbetrieb, die auch in allen Zweigen des Handelsgewerbes dieselben Resultate gezeitigt hat, macht zu zeitigen Beginn, die sie in den übrigen Gewerben hervorrief, macht in steigendem Maße einen ausgedehnten gesetzlichen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Handlungsgehilfen und Gehilfen zur unbedingten Notwendigkeit. Dieser Arbeiterschutz hat sich zu bewegen im Rahmen einer ausreichenden Arbeitszeitverkürzung unter vollständigem Verbot der Sonntagsarbeit, der Erziehung einer Aufsichtsbehörde zur Ueberwachung der in § 62 des Handelsgesetzbuches festgesetzten Bestimmungen im Ansehn, an die Gewerkschaften unter Zugiehung von Gehilfenvertretern und Vertreterinnen und Unterstellung aller im Handelsgewerbe beschäftigten Personen unter die reichsgesetzliche Unfallversicherung bis zur Gehaltshöhe von 3000 Mark. Ferner erwartet die Generalversammlung bei der in Aussicht stehenden Abänderung des Kranken-Versicherungsgesetzes eine zweckentsprechende Ausdehnung der Versicherungsspflicht auf alle Gehilfen und Gehilfinnen bis zu einer Gehaltshöhe von 3000 Mark. Die Generalversammlung erblickt in den Bestimmungen des Artikels 8 der revidierten Gewerbeordnung keine wesentliche Verbesserung der Lage der Gehilfen und Gehilfinnen und beantragt vor allem die Beschränkung der Bestimmungen auf die offenen Verkaufsstellen. Die Ausdehnung derselben auf das gesamte Handelsgewerbe ist die erste Forderung eines wirkamen Arbeiterschutzes der hunderttausenden der Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe.

Weiter wurde noch über die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes und die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte referiert.

Ohne Diskussion wird eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher im Namen der kaufmännischen Gehilfenschaft energisch dagegen protestiert wird, daß diese Forderung der sozialen Gerechtigkeit bis jetzt so sehr vernachlässigt worden ist. Der Vorstand wird beauftragt, zu dem Anfang September in Paris stattfindenden internationalen Kongress der Handlungsgehilfen ein Mitglied des Verbandes zu delegieren, ebenso zum 4. deutschen Gewerkschaftskongress. Zum 1. Vorsitzenden wird Segnitz wiedergewählt, zum Redakteur des Verbandsorgans Kaliski-Berlin. Dann erfolgte der Schluß der Generalversammlung.

### Gerichtliche Urteile.

**Landgericht Magdeburg.** In nicht öffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Maler Hermann Siskinich hier, geboren 1842, wegen Sittlichkeitsverbrechen in 2 Fällen zu einem Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

### Ein meineidiger Schutzmann als Zeuge.

Ein Kölner Schutzmann, so meldet die Rheinische Zeitung, wurde vor einigen Monaten wegen fahrlässigen Meineids zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Es muß auffallen, daß der Bestrafte heute noch Dienste thut. Borige Woche trat er vor Gericht als Zeuge auf, und sein früherer Eid hin wurde ein Mauer verurteilt. Falls es sich nicht um ein allerdings sehr bedauerliches Versehen handelt, liegt hier ein schwer zu charakterisierender Beitrag zur modernen Rechtspflege vor. Meineide erhöhen nach dem allgemeinen Urteil doch wirklich weder die persönliche Achtbarkeit noch die Glaubwürdigkeit eines Zeugen.

### Bermischte Nachrichten.

Vier Sträflinge des Graudenzener Zuchthauses sind am Pfingstsonntag, nachdem sie den Hülsaufseher Faust, der die Sträflinge von einem Rundgang in ihre Zelle zurückführen sollte, mit einem Hammer niedergeschlagen hatten, aus der Anstalt entwichen. Einer der Sträflinge zog sich den Rock des erschlagenen Aufsehers an, setzte dessen Mütze auf und schnalzte das Seitengewehr des Erschlagenen um. Die Sträflinge überstiegen sodann die Mauer und der als Aufseher verkleidete Sträfling führte seine Genossen durch die Stadt. Vor der Stadt trennten sich die vier. Zwei von ihnen sind entkommen, die beiden andern wurden in der Nähe der Stadt erkannt und nach heftigem Widerstande überwältigt und zurückgebracht. Die beiden Entkommenen haben in der Nacht zum Montag in einem benachbarten Dorfe einen Einbruch verübt und sind noch nicht ergriffen worden. Die Entkommenen heißen Kufz und Neumann. Der Aufseher ist nach drei Stunden seinen Verletzungen erlegen.

Ein auf Posen im Jahre 1899 angetroffener Soldat hat sich in Köln auf Fort 14 erschossen.

**Hoffnungsvolle Staatsstüche.** Aus Heidelberg wird unterm Mannheimer Schweiberblatt unterm 31. Mai geschrieben: Die Elite der indierenden Jugend trieb es in der letzten Zeit besonders toll. Schon mehrmals ist es vorgekommen, daß dem Standbild des Feldmarschalls Bredde auf dem gleichnamigen Plaze Kopfbedeckungen in Gestalt von Speisekübeln und Nachttöpfen aufgesetzt wurden. Am letzten Sonnabend abend versuchte eine solche Schaar Rowdies in der Plätz ihr Glück. Sie rissen die drei Aushängeläden am Laden eines dortigen Buchbinders von der Wand. Durch das hierbei entstandene Geräusch erwachte der betreffende Geschäftsinhaber, schwang sich zum Fenster hinaus und ergriff einen der Attentäter. Bei der Feststellung der Personlichkeiten desselben durch die Polizei ergab sich, daß er der Sohn eines hessischen Ministers ist. (Weider wird der Name dieser hoffnungsvollen Staatsstüche nicht genannt.) Dieser Sohn soll doch wohl später in Art und Würden des Vaters treten? Der Mann wird sich dann als der berufene Hüter von Sitte und Ordnung in die Braut werfen und bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit über die zunehmende Verrohung der unteren Schichten der Bevölkerung klagen.

**Eigenartige Pfingstfest-Vorbereitungen** hat der Rat der Stadt Dresden getroffen, indem er in seinem Amtsblatte, dem Dresdener Anzeiger, folgendes bekannt machen ließ: "Wir machen diejenigen, welche vielleicht zum bevorstehenden Pfingstfeste auf dem städtischen Leihamente ein Pfandstück einzulösen gedenken oder ein solches zu versehen beabsichtigen, um sich Varmittel zu verschaffen (!), darauf aufmerksam, daß die beiden städtischen Leihamtsstellen Hauptstraße 1 und Maternistraße 17 an allen Wochentagen durchgehend von früh 9 bis 3 Uhr geöffnet." — Nun sage einmal einer, der Rat der Haupt- und Residenzstadt Dresden habe kein Verständnis für die soziale Lage der Armen! —

**Bornehme Bestien.** Aus New-York wird unterm 1. Juni berichtet: Die amerikanischen Milchkühe süßlichen Juni jetzt eine neue Art des Amüsens entbehrlich. In den südlichen Staaten besonders ist ein neuer Jagdmode geworden, der an Grausamkeit und Schenkslichkeit all bisher dagewesene übertrifft. Es handelt sich nämlich um eine Menschenjagd mit Bluthunden. Ein Jagdklub von schwerreichen Leuten in Richmond, Virginia, unter nach dieser Tage eine aufregende Jagdpartie. Ein Weiß und ein Neger wurden für diesen Zweck gemietet. Man gab ihnen einen Vorsprung von zwei Stunden. Drei mil Bluthunde wurden dann auf ihre Fährte losgelassen und die Jagdgesellschaft folgte zu Pferde. Die Jagd nahm zum Ausgangspunkt das Dorf Suffolk. Nach einigen Meilen in Gallopp nahmen die Hunde unter fürchterlichem Gebell die vorausgeschickten Menschen wahr, die in ihrer entsetzlichen Angst nur mit Mühe einen Baum erklimmen konnten, und noch der Gefahr entgingen, in Stücke gerissen zu werden. Dieser unmenschenliche Sport ruft in der amerikanischen Presse scharfe Proteste hervor.

### Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

- Freitag, 8. Juni:**
- Männer-Turnverein "Freisch auf", Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im "Drei Kaiserklub".
  - Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.
  - Musikalischer Vergnügungsverein "Zyra", Magdeburg-Neustadt. Jeden Freitag Abends im "Weißen Hirsch", Friedrichsplatz 2.
  - Naturheil-Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Wohnanlage Breitenweg 31, Übungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.
  - Turnverein "Vorwärts" Eudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im "Friedrichshaus".
  - Turnverein "Jahn", Eudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der "Herbster Bierhalle", Schöningsstraße 28.
  - Arbeiter-Stenographen-Verein, Bezirk Budan. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Bethge, Thienstraße.
  - Arbeiter-Turnverein Dörfelstedt. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei N. Schindt.
  - Arbeiter-Gefangenen-Verein Diesdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Hof).
  - Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im "Weißen Hof" (Zuh. Hildebrandt).
  - Niederndobleben. Arbeiter-Turnverein "Freiheit". Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.
  - Klein-Otterleben. Arbeiter-Gefangenen-Verein "Gleichheit". Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde beim Gastwirt N. Müller.
  - Klein-Otterleben. Männer-Turnverein Klein-Otterleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei N. Müller in Klein-Otterleben.
  - Männer-Turnverein Groß-Otterleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im "Goldenen Stern".
  - Athleten-Klub Groß-Otterleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strumpf.
  - Freie Turner Vennedensbeck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.
  - Arbeiter-Turnverein "Vorwärts", Fernersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.
  - Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im "Hofjäger".
  - Männer-Gefangenen-Verein "Vorwärts", Alte Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde bei Schuricht, Moldenstraße 26.

**Sonnabend, 9. Juni:** Vereinsversammlung abends 8 1/2 Uhr in der Krone, Moldenstr. 43/45.

### Marktberichte.

**Magdeburg.** Erbsen (gelbe zum Kochen) 16,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—36,00. Linen 20,00—44,00. Kartoffeln 5,00—6,00. Nichtstroh 4,00—4,50. Krummstroh 2,50—3,50. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,90—1,04, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,30 bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Eßbutter 2,10—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,60—3,40.

### Wasserstände.

		+ bedeutet über — unter Null	
		Fier, Eger, Moldau.	Aalt, Weist.
Jungbunzlau	5. Juni + 0.16	6. Juni + 0.12	0.04
Znaim	" + 0.76	" + 0.52	0.24
Budweis	" + 1.15	" + 0.08	0.08
Prag	" + 0.94	" + 0.72	0.72
<b>Mulde.</b>			
Dessau	5. Juni + 0.98	6. Juni + 0.84	0.11
Muldewitz			
<b>Haupt und Saale.</b>			
Strasfurt	5. Juni + 1.50	6. Juni + 1.40	0.10
Troscha	" + 3.40	" + 3.16	0.24
Altsleben	" 3.39	" + 3.16	0.23
Bernburg	" + 2.86	" + 2.68	0.18
Calbe, Oberpegel	" + 2.20	" + 2.10	0.10
do. Unterpeg.	" + 2.14	" + 2.56	0.18
<b>Elbe.</b>			
Hardwitz	4. Juni + 0.60	5. Juni + 0.40	0.29
Brandeb.	" + 1.04	" + 0.87	0.13
Melmit	" + 0.86	" + 0.72	0.14
Wittenberg	" + 0.75	" + 0.68	0.07
Altenburg	5. " + 1.22	6. " + 1.05	0.17
Dresden	" — 0.10	" — 0.24	0.14
Troschan	" + 2.32	" + 1.16	0.16
Wittenberg	" + 2.43	" + 2.79	— 0.36
Hoylau	" + 1.85	" + 2.31	— 0.46
Barby	" + 2.55	" + 2.92	— 0.67
Schwanebeck	" + 2.56	" + 2.68	— 0.13
Magdeburg	" + 2.48	" + 2.40	0.08
Langermünde	6. " + 3.08	7. " + 3.18	— 0.10
Wittenberge	" + 2.58	" + 2.76	— 0.08
Edmitz, Pegel	" + 1.75	" + 1.85	— 0.10
Lauenburg	" + 1.75	" + 1.84	— 0.09
<b>Saale.</b>			
Brandenburg			
do. Oberpegel	4. Juni + 2.29	5. Juni + 2.21	0.08
do. Unterpegel	" + 1.75	" + 1.81	— 0.06
Rathenow			
do. Oberpegel	" + 1.83	" + 1.33	—
do. Unterpegel	" + 1.51	" + 1.44	0.06
Sabelberg	" + 2.52	" + 2.58	— 0.06
<b>Oder.</b>			
Kösel			
do. Oberpegel	4. Juni + 1.46	5. Juni + 1.15	0.31
do. Unterpegel	" + 4.83	" + 4.70	0.10
Breslau Oberpg.	" + 2.68	" + 2.52	0.16
do. Unterpegel	" + 5.12	" + 5.26	— 0.14
Frankfurt	1. " — 0.06	2. " — 0.20	— 0.14
Küstrin	" + 1.52	" + 1.44	0.08
"	" + 1.28	" + 1.24	0.04







Verkehrsleben noch immer gewaltigen Volkes der Engländer vergessen werden. Dagegen wurde aus dem Lager der Philosophen eingewendet, wie das Studium des Klassischen sich gerade deshalb aufs neue empfehle, weil man heute danach dränge, alles den realen Dingen dienstbar zu machen. Nach dem Berliner Tageblatt stehen im ganzen noch sieben pädagogische Fragen zur Diskussion. — Man hat proletarischerseits das ganze höchst kühn anzusehen. Gegen welchen sozialpolitischen oder humanen Bildungsinteressen soll die Reform nicht dienen, nicht einmal einer Umgestaltung der Unterrichtsmethode. Nach wie vor wird die „höhere Bildung“ ein Monopol der Besitzenden bleiben, nach wie vor werden die höchsten geistigen Bestrebungen, wie etwa die Philosophie, auf den Gymnasien keine Pflege finden. Die Reform läuft — abgesehen von einer dankenswerten größeren Berücksichtigung der Naturwissenschaften — darauf hinaus, daß statt des klassischen Geistes der Griechen und Römer mehr der sehr unklassische Geist der preussisch-brandenburgischen Geschichtsllegenden gepflegt wird. Schon jetzt verteilt man ja als Schulprämien nicht mehr Werke über hellenische Kunst, sondern über Flottenvermehrung und Palästinaereien. Auch in den Aufsätzen spielt das neudeutsch-byzantinisch-patriotische Thema eine so aufdringliche Rolle, wie man es noch vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Gymnasiallehrer der älteren Generation, deren Herz an den edlen Erzeugnissen der klassischen Kultur hängt, muß schon das heutige Bananensium anwidern, zu dem ihre eifrigstrebenden Kollegen ihre Schüler züchten. Künftig wird das, was jetzt mehr freiwillig geschieht, obligatorisch sein. Wir können es nicht ändern. Aber der Goethe-Bund, der ja zum Schutz der allgemeinen idealen Interessen sich gebildet hat, sollte doch ein Interesse haben, sich um die geplante preussische Schulreform zu kümmern. —

Für die **Postdampfschiffsverbindungen mit Afrika** ist durch das neue Gesetz vom 25. Mai eine Reichs-Subvention von jährlich 1 350 000 Mark bewilligt worden an Stelle der bisherigen Subvention für die Ostafrika-Linie von 900 000 Mark. Nunmehr wird in dem Archiv für die Post aus dem Rechnungs-Ergebnis der Deutsch-Ostafrika-Linie für 1899 bekannt, daß dieselbe nicht bloß 6 Prozent Dividende ihren Aktionären gezahlt hat, sondern auch noch in der Lage war, bei einem Buchwert der Flotte von 5 945 088 Mark nicht weniger als 885 381 Mark, das sind also nahezu 15 Prozent des Buchwertes, abzuschreiben. Man denke, wie die bürgerlichen Parteien bei Beratung des Unfallversicherungsgesetzes gekauert haben. Aber freilich, das sind „Gesetze für arme Leute“ und bei der Dampfschiffs-Subvention handelt es sich um eine einfluß- und geldreiche Gesellschaft. Die bekommt auf 15 Jahre 1 350 000 Mark pro Jahr garantiert! —

### Nachrichten aus dem Auslande.

Die Sitzung des **österreichischen Abgeordnetenhauses** am Mittwoch begann mit der Verlesung des Einlaufs, die bis 3 1/2 Uhr dauerte. Der Präsident unterbricht die Vorlesung und erklärt, zum Schluss der Sitzung schreiben und vorher noch dem Ministerpräsidenten das Wort erteilen zu wollen. Ministerpräsident von Körber weist darauf hin, daß das Budgetprovisorium, obwohl es auf der Tagesordnung mehrerer Sitzungen gestanden habe, noch immer unerledigt ist. Er müsse die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Lage lenken. Das Ministerium Körber sei kein solches, das die Geschäfte des Hauses auf gut Glück von einem Tage zum anderen fortführe. Als österreichische Regierung erblicke es seine Aufgabe darin, allen Völkern Gerechtigkeit zu bringen und deren Fortentwicklung zu fördern. Die Regierung habe Sprachengesetzentwürfe vorgelegt, deren Grundsätze bisher unangefochten seien. Die Sprachengesetzentwürfe seien das Feld, worauf die Parteien sich zusammenfinden könnten. Von dem Führer des hervorragenden Klubs der Rechten sei die Vorlegung des Sprachengesetzes als wirksamer Schritt zur Herbeiführung einer Verständigung bezeichnet worden. Der Ministerpräsident hält die jetzige Taktik der tschechischen Vertreter für keine aussichtsreiche. Den zweiten Punkt des Programms bildet die Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte der Bevölkerung. Die bisher erzielten Ergebnisse seien gering, da der Regierung die Hände gebunden und die beantragten Investitionen noch nicht bewilligt seien. Der Ministerpräsident weist auf die Erörterungen in den Delegationen hin, wo der Zusammenhang zwischen der auswärtigen und der Handelspolitik hervorgehoben worden sei, und sagt, hier sei aber der Ort, wo die Hauptschlacht zu schlagen sei, wo die Interessen der Bevölkerung gefördert werden sollten. Auch jetzt hoffe er, daß der nationale Streit aufhöre und daß seine Platen der Staat nicht überschweben würden. Doch sei es die letzte Stunde, welcher die Regierung diese Hoffnung zugehe. Es müsse in Frage gestellt werden, auf welcher Seite das Recht sei, ob auf der Seite des Staates, des Gesetzes und der Ordnung oder auf der Seite der zur Regel gewordenen Unordnung. Redner schließt: „Ich appelliere mit dem ganzen Nachdruck meines Amtes an das Haus, daß es Gesetz und Ordnung im Staat und dessen Interessen voranstellen möge, um, solange es noch Zeit ist, unsere öffentlichen Einrichtungen unversehrt zu bewahren.“ Die Rede wird von den Tischen mit Lärm und Unterbrechungen aufgenommen. Sie lassen erklären, bei der Obstruktion beharren zu wollen, ein Vorhaben, das sie auch in der Sitzung am Donnerstag weiter ausführten. —

Zwischen den **Bogern und chinesischen Truppen** scheint vor einigen Tagen dicht bei Peking ein Treffen stattgefunden zu haben. Genauere Nachrichten liegen darüber noch nicht vor. Der Central News wird aus Tientsin telegraphiert: Die Rebellen äscherten den Nuling-Bahnhof ein und umzingeln Langfang. Nach Peking gehen keine Büge, die Maschinenführer verweigern die Fahrt ohne ausländische Bewachung. Auf das Drängen der Mächte hin hat sich die chinesische Regierung wenigstens veranlaßt ge-

sehen, am Mittwoch ein Edikt zu erlassen, in welchem die kaiserlichen Truppen wegen Freigebigkeit getadelt und der Oberkommandierende Junglu sowie der Vicelkönig von Tschili beauftragt werden, die Boxerbewegung unverzüglich zu unterdrücken. Die Herausziehung von 2000 Kosaken durch Rußland unterbleibt infolge von Vorstellungen der japanischen Regierung. Auf die japanische Beschwerde darüber, daß dem Tjung-li-Yamen russische Truppen zur Unterdrückung der Unruhen angeboten seien, ist der japanische Gesandte vom Tjung-li-Yamen benachrichtigt worden, auf den russischen Vorschlag sei erwidert worden, daß die chinesische Regierung die Unruhen selbst unterdrücken könne. Das ist natürlich eitel Nennmisset, die auch durch die weiteren Meldungen ihr Licht bekommt. Die Kölnische Zeitung meldet offiziös aus Berlin, daß am Dienstag von Kosakenpatrouillen die Nachricht nach Tientsin gebracht wurde, daß 1500 Boxer sich anschickten, auf Tientsin zu marschieren, von dem sie noch 40 Kilometer entfernt sind. Da die deutsche Kolonie einen schon in der Nacht möglichen Angriff besorgte, wurden auf ihre Bitte 2 Offiziere und 40 Mann vom „Altis“ zum Schutze der Kolonie ausgeschifft. Alle Nachrichten aus dem Innern stimmen nach dieser offiziellen Mitteilung der Köln. Zeitung darin überein, daß die Bewegung der Boxer sich nicht gegen die eine oder die andere europäische Nation, sondern gegen alle Europäer überhaupt richtet, auf deren gänzliche Vertreibung es die mit europäischen Machtverhältnissen gänzlich unbekanntem Leiter der Bewegung abgesehen haben. —

### Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Nachrichten über neue militärische Ereignisse liegen nicht vor. Bemerkenswert ist die Art, wie das englische Kriegssamt näheres über das Treffen bei Lindley, das für die Engländer sehr ungünstig ausgefallen ist, in bruchstückweisen Berichten durchsickern läßt. Dort war ein Bataillon der Yeomanry von den Buren umzingelt worden. Lord Methuen rückte zwar in einem „ausgezeichneten Marsch“ eiligst zur Hilfe heran, kam aber zu spät, um das Bataillon vor der Gefangennahme zu retten. Der Verlust der Garden bei diesem Entsatzversuch wurde auf 37 Tote und 115 Verwundete angegeben. Jetzt wird auch der Verlust der Yeomanry bekannt: Es werden 18 Tote und 29 Verwundete, einschließlich 6 Offiziere, zugestanden. Eine Angabe über die Anzahl der vermissten Mannschaften, die am interessantesten wäre, enthält die Meldung vorsichtigerweise nicht. Es wird überhaupt wohl eine Pause eintreten. Nachdem Prätoria von den Engländern besetzt und damit nach englischer Annahme der Krieg beendet ist, wird man in London vorläufig auch kaum Berichte über kriegerische Vorgänge erwarten. Lord Roberts kann den Vorstoß in östlicher Richtung auf Lydenburg zu nicht ohne weitere Vorbereitungen eröffnen, er hat für die Sicherung seiner rückwärtigen Verbindungen Sorge zu treffen und Vorräte herbeizuschaffen, die er in dem gebirgigen Gelände, das das Ziel seines weiteren Vormarsches ist, nicht in genügender Menge finden dürfte. Je weiter der Marsch geht, desto schwieriger wird es, die Verbindungslinien zu sichern, und je weiter sich Lord Roberts von der Prätoria mit den Häfen des Kaplandes verbindenden Eisenbahnlinie entfernt, desto häufiger können sich Vorfälle ereignen, wie der bei Lindley. Man wird sich deshalb auf ein nur langsames und allmähliches Vorrücken der Engländer nach Osten gefaßt machen müssen. —

### Nachrichten aus Magdeburg.

Ein großer **Diebstahlprozess** hat am Donnerstag vor den Schranken des Königl. Landgerichts hier selbst seinen Anfang genommen, der für manchen der dabei beteiligten schwere Folgen haben wird. Beschuldigt sind eine Anzahl Werkmeister und Arbeiter, die aus der Königl. Hauptwerkstatt Budau zum Teil in der raffiniertesten Weise Kupfer und Rotmetall in größeren Mengen gestohlen und den Erlös dafür in eigenen Interesse verwendet haben. Wenn Arbeiter, die in Werkstätten mit solch niedrigen Löhnen wie hier thätig sind, durch Diebstähle ihr Einkommen aufbessern, dann ist dieses Beginnen entschieden zu verurteilen, aber wenn auch nicht zu entschuldigen, so doch zu erklären. Anders verhält es sich aber bei den Werkmeistern. In den letzten Jahren haben sich die Gehaltsverhältnisse derselben ganz bedeutend verbessert. Die Direktion glaubte, durch Aufbesserung der Werkmeister und Werkführer-Gehälter einen Beamtenstab zu erhalten, in den sie volles Vertrauen setzen konnte. Inwiefern dieses der Direktion gelungen, zeigt der jetzt stattfindende Prozess zur Genüge. Die Königl. Hauptwerkstatt ist aber schon des öfteren der Schauplatz ähnlicher Ereignisse gewesen. Wir erinnern uns daran, welche Ursachen es waren, die seiner Zeit zur plötzlichen Entlassung des Schmiedemeisters Lindemann führten und die so ungeheurerlicher Natur waren, daß sie ein großer Teil der Arbeitererschaft heute einfach nicht mehr verstehen würde. Die servile Heuchelei eines großen Teiles der in der Eisenbahnwerkstelle beschäftigten Arbeiter ihren nächsten Vorgesetzten gegenüber erweist auf der anderen Seite eine gewisse Selbstherrlichkeit. Der Beamte, der die Arbeiter und Liebedienerei seiner Untergebenen für seine Sondergewerbe benutzt, wird zum Genußmenschen, der schließlich seine Laufbahn als Beamter auf der Anklagebank beendet. Wogen die Arbeiter der Königl. Hauptwerkstatt sich das eine gelagt sein lassen, in dem Maße, wie sie sich der Organisation anschließen, werden auch alle die Missethäter, die aus Anlaß des jetzt stattfindenden Prozesses über sie heraufbeschwoeren worden sind, verschwinden. Das beste Bollwerk gegen derartige traurige Vorkommnisse ist der Zusammenhalt aller Arbeiter in einer Organisation. Auch in dieser Werkstätte muß der Augenblick kommen, wo man nicht jeden, der nur einmal die Interessen der Arbeiter auf das nachdrücklichste vertreten hat, hinausmehregelt, wie es leider schon viel zu oft zum Schaden der dortigen Arbeiter geschehen ist. —

In der **letzten Sitzung der Stadtvorordneten** entfielen längere Debatten über die Magistratsvorlage, die Industriebahn und die Wasserversorgung Magdeburgs betreffend. Die letztere Vorlage gab Herrn Niemann II wieder einmal die erwünschte Gelegenheit, seine rüchtdändige Aufstellungsweise darzulegen. Er meinte nämlich, das Elbwasser sei noch lange gut genug zum Trinken, am Genuß des Elbwassers sei noch niemand gestorben. Daß schon sehr viele Menschen am Genuß des Elbwassers gestorben sind, wenn dasselbe mit Cholerabakterien durchsetzt ist, lehnte belanntlich die Hamburger Choleraepidemie. Dies sollte doch auch Herr Niemann II noch nicht vergessen haben. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde bei Besprechung einer Anfrage von der Bauverwaltung die Mitteilung gemacht, daß die Lüneburgerstraße voranschreitlich Ende Oktober für den gesamten Verkehr an der Eisenbahnunterführung wieder frei gegeben werden kann. Unsere Leser finden den Bericht über die Stadtvorordnetenitzung in der Sonntags-Nummer. —

Der **unseligen Gewohnheit, Feuer mit Petroleum anzumachen**, sind in einem Hause in der Friedrichstraße abermals

zwei Personen zum Opfer gefallen. Die Witwe Dorothee F. wollte Stärke aufkochen und um besseres Feuer zu bekommen, goß sie Petroleum in den Herd; es erfolgte eine Explosion, wobei der Frau Gesicht und beide Hände erheblich verbrannt wurden. Auf den Hilferuf eilte ihr Sohn, der Arbeiter Gustav F., herbei, der beim Löchen des Feuers sich beide Hände verbrannte. Mutter und Sohn wurden der Krankenanstalt zugewiesen. Wann werden durch solche Vorkommnisse die Leute endlich gewöhnt werden und von ihrer unvorsichtigen Handlungsweise ablassen? —

Ein **branntendes Kohlenlager**. Vor einigen Tagen waren die in dem Kohlenstuppen der Brauerei zu Craacu lagernden 5000—6000 Centner Kohlen infolge Selbstentzündung in Brand geraten. Ein Teil der Umfassungsmauer und des Daches war übergelegt worden. Die teilweise ematteten Mannschaften der dortigen freiwilligen Feuerwehr, die bereits den Mittwoch und die darauffolgende Nacht hindurch angepöngelt gearbeitet hatten, waren nicht im Stande, ohne Schutzmittel an den Herd des Feuers zu gelangen. Donnerstag vormittag wurde die Hilfe unserer Feuerwehr in Anspruch genommen und in bereitwilligster Weise gegen 9 1/2 Uhr ein Kommando mit Rauchgasenapparaten dorthin geschickt. Die Löscharbeiten wurden hierauf gemeinschaftlich mit den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr von neuem in Angriff genommen, so daß die Gefahr nachmittags gegen 5 Uhr vorüber war. —

Der **Von der Straßenbahn**. Endlich ist den Wünschen der Anwohner der Waldenstraße usw. betreffend Verlegung der Haltestelle nach dorthin Rechnung getragen worden. Die frühere Haltestelle Wittenbergerstraße ist eine Straße weiter nach Süden verlegt. Außerdem ist die Haltestelle Salzweberstraße nach der Ecke der Roggäcker- und Steindalerstraße verlegt. — Auf der Herrenkuglinie suchte sich am zweiten Feiertage ein Schaffner dadurch zu bereichern, daß er die von den Fahrgästen weggenommenen Fahrscheine wieder aufhob und sie den Passagieren zum zweitenmal verkaufte. Der Kontrolleur merkte, daß die Nummern nicht stimmten und brachte schließlich den Schaffner zum Geständnis seines Vergehens. Wir sind weit davon entfernt, diese That etwa zu billigen, im Gegenteil kann etwas derartiges nicht streng genug gerügt werden. Wir sind aber der Meinung, daß die Angelegenheit zu solchen Sachen nie veranlaßt werden, wenn ihnen ein anständiger Lohn gezahlt würde. Was es heißt — unter Umständen eine zahlreiche Familie — bei einem Lohn von 2.50 Mark täglich ordentlich durch die Welt zu bringen, davon können sich wohl die wenigsten, am allerwenigsten aber die Aktionäre unserer Straßenbahn einen Begriff machen. —

Die **Arbeitseinstellung** der Getreidearbeiter bei der Firma Schulz u. Co. ist als beendet anzusehen. Die Firma hat Arbeitskräfte vom alten Bachof erhalten, die, obwohl organisiert, sich nicht scheuten, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Unter den früher bei Schulz beschäftigten Arbeitern herrscht dieserhalb eine hochgradige Erregung. —

Wegen **Meinethes** sind am 30. März vom hiesigen Schwurgericht die Handelsleute Friedrich Schay und Heinrich Vogler aus Althaldensleben zu Zuchthaus und Arbeitsstrafen verurteilt worden. Ihre Revision wurde als unbegründet vom Reichsgericht verworfen. —

Der **Selbstmordversuch**. Die Frau eines Schirmmachers in der Sieverstorstraße versuchte sich dadurch das Leben zu nehmen, daß sie sich die Pulsadern öffnete. Durch schnelle Hilfe gelang es aber, sie am Leben zu erhalten. —

Im **Walhalla-Theater** finden jetzt die Spezialitäten-Vorstellungen im unteren Saale statt, dessen Bühne wieder neu hergerichtet worden ist. Das Chansonetten- und Soubrettepaar wird vertreten durch die Damen Elsa Carlo, Loni Wilhelma, Juliette Jansund und die deutsch-dänische Kostüm-Soubrette Fraulein Margarete West, welche über sympathische Stimme, Erscheinung und ein recht gewähltes Repertoire verfügt. Eugen Torre, ein flotter Humorist, wartet mit feinen pointierten Couplets auf und erzielt immer neue Da capo-Rufe. Als Instrumental-Quintett treten die Geschwister Falchett auf; sie arbeiten mit dem bekannten Glockenspiel, an den Schellenstreifen und am Klyphon. Ein Meister in seinem Fach, nämlich im Schwermetallspiel, ist Herr Paul Ly, der unheimlich lange grade und krumme Säbel und ähnliche Waffen — sogar Wikardstabe — in feinen Schindeln steckt. Diese Reichhaltigkeit des Programms konnte es nur erzielen, daß das Theater während der warmen Pfingstfeiertage sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Ps.

### Gerichtliche Urteile.

Sandgericht Magdeburg.  
Magdeburg den 7. Juni 1900.

### Wegen Diebstahls, Fehlerei, Weihilfe dazu und Begünstigung sind angeklagt:

1. der Monteur Josef Großmann, geb. 1869,
2. der Monteur Paul Schmengler, geb. 1870,
3. der Monteur Georg Pulm, geb. 1875,
4. der Fabrikarbeiter Peter Reiff, geb. 1872,
5. der Werkführer Wilhelm Listemann, geb. 1841,
6. der Werkführer Friedrich Lauke, geb. 1852,
7. der Werkführer Albert Heinecke, geb. 1863,
8. der Werkführer Georg Reuse, geb. 1860,
9. der Kesselschmied Rudolf Wusse, geb. 1865,
10. der Kesselschmied Franz Heinecke, geb. 1861,
11. der Kupferschmied Carl Köhlig, geb. 1855,
12. der Kupferschmied Rudolf Lohel, geb. 1859,
13. der Frachtführer Wilhelm Becker, geb. 1866,
14. der Kutscher Andreas Scherf, geb. 1869,
15. der Kutscher Paul Vinnebössel, geb. 1874,
16. der Arbeiter Karl Koch, geb. 1870,
17. der Arbeiter Rudolf Richter, geb. 1877,
18. der Arbeiter Otto Huth, geb. 1872,
19. der Eisenarbeiter Carl Schöhe, geb. 1865,
20. der Arbeiter Friedrich Schöhe, geb. 1872,
21. der Wächter Gottfried Notte, geb. 1844,
22. der Graveur Hermann Geling, geb. 1870,
23. der Fabrikarbeiter Friedrich Westphal, geb. 1864,
24. der Hochproduktenhändler Jos. Hoffmann, geb. 1861,
25. dessen Ehefrau, Bertha geb. Pfeilschmidt, geb. 1864,
26. der Hochproduktenhändler Otto Pohle, geb. 1850,
27. der Hochproduktenhändler Friedr. Schölze, geb. 1843,
28. dessen Ehefrau, Anna geb. Schmulinsky, geb. 1857,
29. der Hochproduktenhändler Otto Landgraf, geb. 1865,
30. der Arbeiter Richard Lauge, geb. 1863,

fämlich von hier, zu 12, 13, 15, 20, 21, 23, 24, 27 und 30 bereits vorbestraft.

Die Angeklagten Großmann, Schmengler, Pulm und Reiff waren seit Frühjahr 1899 bei der Aktiengesellschaft „Land- und Seekabel-Werke in Köln-Nippes“ mit dem Legen der Kabel für die elektrische Straßenbahn hier selbst beschäftigt. Beim Legen der Kabel fielen bei den Anschluß- und Speisepunkten Kabelstücke in der Länge von 1/2 bis 1 1/2 Metern ab, die wieder nach dem Lagerplatz der Gesellschaft zurückgeschafft werden mußten. Der gemeinschaftlichen Verabredung gemäß stahlen sie große Mengen Kabelstücke, die sie zum Teil an Landgraf verkauften. Da er zu wenig dafür zahlte, setzten sie den anderen größeren Teil bei Pohle ab, der 32 bis 35 Pf. für das Pfund gab, und teilten sich den Erlös. Davon wollen Großmann 70 bis 80



Mark, Schmengler 50 bis 60 Mark, Pulm etwa 70 Mark und Reiff etwa 20 Mark erhalten haben.

In der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Budau waren seit mehreren Jahren Listemann, Blanke, Albert Heinecke und Kleinau als Werkführer, Busse, Franz Heinecke, Köhlich, Bohle als Kupferschmiede und Becker als Kradschleifer beschäftigt. Sie veruntreuten dem Eisenbahnfiskus vom Jahre 1897 ab bedeutende Mengen Kupfer- und Rotgussabfälle. Die sie in ihren Taschen fort schafften und an Hoffmann, Schulze, Landgraf und Pohle absetzten. Listemann und Blanke betrieben die Diebstähle im großen. Wenn keine Abfälle vorhanden waren, wurde von den Kupfervorräten Enden abgeschnitten und verkauft. Gelöst wollen insgesamt haben Listemann 800 Mark, Blanke 300 Mark, Albert Heinecke 60 Mark, Kleinau 170 Mark, Busse 16 bis 18 Mark, Franz Heinecke 12 Mark, Köhlich und Bohle je 50 Mark.

Becker bestreitet den Diebstahl und will vor der Polizei nur aus Furcht, verhaftet zu werden, ein Buge- ständnis gemacht haben.

Gelegentlich einer am 27. Oktober 1899 bei Pohle ab- gehaltenen Hausdurchsuchung wurden etwa 26 Rollen Papier vor- gefunden. Es wurde ermittelt, daß Scherf und Vinneböffel die Verkäufer waren. Sie standen im Dienst des General- Anzeiger und stahlen häufig Rollen Papier aus den Be- ständen, luden sie auf den Wagen, schafften sie zu Pohle und teilten sich den Erlös. Ferner stahlen sie aus dem Maschinenraum zweimal loses Druckpapier. Die Mitange- klagten Koch und Richter, die dort arbeiteten, duldeten die Wegnahme des Druckpapiers und erhielten dafür von den Dieben aus dem Erlöse im Einzelfalle je 50 bis 75 Pfg. als Vergütung.

Scherf und Vinneböffel wollen im ganzen nur 8 Centner Rollenpapier und 1 1/2 Centner loses Druckpapier gestohlen haben und behaupten, sie hätten auch oft selbst Papier angekauft und an Pohle weiterverkauft.

Der Firma Carl Ludwig Lang hier wurden in der Zeit von Pfingsten bis Ende September 1899 aus dem Raume, wo die Zinnvorräte lagerten, 15 Centner 62 Pfund Wtzin und englisches Zinn in Stangen und Blöcken im Werte von 586,66 Mark gestohlen. Als Dieb wurde der bei der Firma beschäftigte Rutscher Otto Huth ermittelt, der mit Karl Schütze in Verbindung getreten war. Huth warf das Zinn meistens über die Planke, wo es von Karl Schütze abgehoben und zu seinem Bruder Friedrich Schütze, der bei Pohle arbeitete, geschafft wurde. Friedrich Schütze zahlte für das Pfund 30 Pfennig und verkaufte das Zinn weiter an Pohle, der 40 Pfennig für das Pfund zahlte. Den Erlös teilte sich Huth mit dem Genossen. Huth stahl dem Dienstherrn auch einen Garderobenständer und reichte ihn dem Karl Schütze über den Baum zu, der ihn dann in die Wohnung des Diebes brachte. Als Huth einmal auf eigene Faust ge- stohlenen Zinn an Friedrich Schütze verkaufte, faßte ihn Karl Schütze dabei ab und machte ihm wegen Umgehung seiner Person Vorwürfe. Friedrich Schütze gibt an, er habe das Zinn nur für Pohle in Empfang genommen, es seien höchstens 2 1/2 Centner gewesen.

Der Angeklagte Nolle war Nachtwächter in der Fabrik von Langensiefen und stahl in der Nacht zum 2. Oktober 1899 aus dem Lagerraum Messingteile und Rotguss, die er an Hoffmann für 12 Mark verkaufte.

Ebeling fertigte für die Firma Edmund Koch u. Co. Gravirarbeiten und erhielt Rotguss nach seiner Wohnung verabfolgt. Die gesammelten 5 Pfund Abfälle verkaufte er an Frau Hoffmann für 2.50 Mark, holte sie aber später freiwillig wieder und trug sie dem Arbeitgeber zurück. Ebeling will in gutem Glauben gehandelt haben und bestreitet die Unterschlagung.

Westphal arbeitete im Geschäft von Wilhelm Schmidt u. Co. und stahl dort im Herbst 1899 vier neue Farbhölz- säcke, die er an Frau Schulze für 80 Pfg. verkaufte.

Am 31. August 1899 sind der Firma Theodor Schmidt 25 Schienenlatten im Werte von 150 Mark gestohlen und bei Hoffmann abgesetzt. Die Täter sind nicht ermittelt.

Bei Pohle arbeiteten Friedrich Schütze und Richard Lampe. Ihnen soll bekannt gewesen sein, daß dieser ge- stohlenen Gut ankauft und sie begünstigten ihn in der

Weise, daß sie in seinem Auftrage von Zinn die Fabrik- marke — einen Hirsch — entfernten, es zerkleinerten und ihm das Aussehen von bereits verwendeten Metall gaben. Bei den Kabeleuden wurde das Blei vom Kupferdraht ab- geschmolzen.

Pohle giebt die einzelnen Ankäufe zu und bekenn- t sich der Fehlerlei schuldig. Er schätzt heute die angekauften Kabeleuden auf 20 Centner. Den Bleimantel ließ er bis auf das Kupfer abschmelzen und verkaufte dann den Kupfer- draht mit 60 Pfg., das Blei mit 10 bis 11 Pfg. für das Pfund, so daß er einen guten Verdienst hatte. Kupferteile und Rotguss aus der Eisenbahnwerkstatt kaufte er seit Dezember 1898 in großen Mengen an und verdiente daran 3000 Mark. Für Papier zahlte er 4 1/2 bis 5 Pfg. pro Pfund und erhielt 9 Pfg. wieder. Für Zinn gab er 30 bis 40 Pfg. und verkaufte es weiter mit 75 Pfg. pro Pfund.

Hoffmann bekennet sich heute ebenfalls in vollem Umfange der Fehlerlei schuldig und gesteht die behaupteten Ankäufe zu. Er belastet auch Becker, daß er ihm einmal etwa 10 Pfund verkauft habe. Die Ankäufe buchete Hoff- mann nicht. Gezahlt hat er 40 bis 45 Pfg. für das Pfund Kupfer. Von Albert Heinecke holten er und seine Frau öfter gestohlenen Kupfer mit einer Kiepe ab. Beim Ankauf der Schienenlatten will Hoffmann geglaubt haben, es sei altes Eisen.

Frau Hoffmann bestreitet, sich der Fehlerlei schuldig gemacht zu haben. Sie ist ihrem Manne im Ge- schäfte behilflich gewesen und will nicht geglaubt haben, daß die Leute, die Metalle in ihren Kocktaschen zum Verkauf brachten, diese gestohlen hatten. Von Albert Heinecke in Budau holte sie gestohlen in einer Kiepe wiederholt Kupfer- abfälle ab und erklärte ihrem Dienstmädchen, es seien Gurken und Früchte darin. Das Mädchen mußte nämlich in einer Entfernung warten, während Frau Hoffmann selbst nach der Heineckeschen Wohnung ging und das gestohlene Kupfer in der Kiepe abholte, obwohl sie sehr kränklich war und die schwere Bürde kaum tragen konnte.

Der Ehefrau Hoffmann will durch große Not dazu veranlaßt sein, gestohlenen Gut anzukaufen.

Der Angeklagte Schultze ist nur teilweise geständig, Metalle von Dieben aus der Eisenbahnwerkstatt angekauft zu haben. Er kaufte einige Male von Listemann, erklärte ihm aber, als er erfuhr, Listemann sei bei der Eisenbahn angestellt, er wolle nichts mehr haben.

Frau Schultze hat die von Westphal gestohlenen vier Farbhölzsäcke angekauft und sich gleich dabei gedacht, daß sie unredlich erworben seien.

Landgraf will der Fehlerlei nicht schuldig sein, giebt aber zu, von Schmengler einmal 20 bis 25 Pfd. Kabeleuden gekauft zu haben. Dieser habe angegeben, er sei Unternehmer. Westphal habe seine verstorbene Mutter die Ankäufe besorgt. Woher die Kupferdrähte rührten, die unter Lumpen verpackt in seiner Behausung vorgefunden sind, weiß Landgraf nicht. Blanke giebt an, er habe öfter Kupfer und Rotguss an die Witwe Landgraf verkauft, während Albert Heinecke behauptet, er habe einmal im Dezember 1897 direkt an Landgraf Kupfer verkauft und für das Pfund nur 27 Pfg. bekommen.

Nachmittag 3 1/2 Uhr wurde die Verhandlung unter- brochen. Fortsetzung morgen vormittag 9 1/2 Uhr.

### Provinz und Umgegend.

**Burg.** Der Wirt unseres Versammlungslokals, Herr Lorenz erklärte dem Vorsitzenden des Wahlvereins und dem Vertrauensmann der Partei, für die Zukunft sein Lokal zu Versammlungen irgend welcher Art nicht mehr hergeben zu wollen. Herr Lorenz schätzte den schwachen Besuch seines Lokals als Grund zu dem Schritt vor. Im Interesse der Partei gebe ich den Arbeitern von Burg hiermit dieses bekannt. Mögen dieselben es beherzigen und sich danach richten. Fr. Drechsler, Vertrauensmann.

**Alten.** Eine Witwe wurde hier verhaftet unter der Anschuldigung, ihr neugeborenes auferwehliches Kind umgebracht zu haben. Sie hat bereits ein teilweise geständnis abgelegt, dahingehend, sie habe das Kind, mit einem Stein beschwert, in den Magdalenenteich geworfen.

**Erfurt.** Das Streikpostenstehen der Malergehilfen beschäftigte nunmehr auch das Schöffengericht. Zwei der ausständigen Maler

wurden zu je 9 Mark, einer zu 18 Mark Geldstrafe verurteilt, sie durch das Streikpostenstehen die Arbeitgeber und die zurechen- Malergehilfen benachteiligt und dadurch großen Unfortschritt her- beiführen. Das Erfurter Schöffengericht folgte durch sein Urteil den Intentionen des Oberlandesgerichts Naumburg, welches Streikposten- unter allen Umständen als großen Unfortschritt betrachtet.

**Fermersleben.** Hier wurde ein Detachement, der sich seit ein- vier Wochen von seinem Truppenstell, der 1. Kompanie des Infanterie- Regiments Nr. 165 in Goslar entfernt halte und einer hier gastierenden Spezialitätentruppe angehörte, verhaftet.

### Kleine Chronik.

Von der Explosion eines Pulvermagazins in Jüterbog wird berichtet: Am Mittwoch gegen 6 Uhr abends schlug der Blitz in den Lager-Pulverschuppen 1 ein und zündete. Die Chausseuren wurden, da man jeden Augenblick eine Explosion fürchten mußte, für den Bereich gänzlich gesichert. Gegen 8 Uhr erfolgte auch tatsächlich unter furcht- barer Detonation und Bildung einer mächtigen Feuersgarbe die Explosion. Das Magazin enthielt 15000 Kilogramm Pulver. Das Gebäude selbst ist nicht gänzlich zerstört. Menschenleben sind glück- licherweise nicht zu beklagen.

Der Schnellzug Nr. 28 von Riffingen nach Bamberg stieß bei Saffelbach auf einen Güterzug. Nach einer amtlichen Mitteilung wurden vier Personen schwer verletzt.

Eine Schiffskatastrophe wird aus Ostasien gemeldet. Nach einem Telegramm aus Schanghai wurde bei den Karimons-Inseln der Dampfer „Hohang“ von dem Dampfer „Sri-Pringana“ in den Grund gebohrt, wobei 30 Passagiere umkamen. Die übrigen Reisenden und die Besatzung retteten sich schwimmend nach den Reimons- Inseln, von wo sie durch einen Dampfer nach Singapore befördert wurden.

### Legte Nachrichten.

Hannover. Da die durch den Ausstand der Straßenbahn- angestellten hervorgerufenen Unruhen fortdauerten, machte der Polizei- präsident bekannt, daß in 14 Straßen, die am meisten in Mitleiden- schaft gezogen waren, sämtliche Restaurationen, Schankwirtschaften und Hauszähren um 9 Uhr abends geschlossen werden müssen.

### Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein, Verwaltung Magde- burg.** Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Budau im Thalia-Saal, Dorotheen- straße 14. Bezirk Alte Neustadt im Lokale des Herrn Robert Seemann, Weinbergstr. 27. — Sonntag, den 10. Juni, nachm. 4 Uhr: Bezirk Salze-Westerhüsen im Lokale des Herrn Andreas Naas in Salze. Abends 7 1/2 Uhr: Bezirk Diesdorf bei Wv. Wärtens in Diesdorf. — Die übrigen gestern angekündigten Versamm- lungen finden an diesen Tagen nicht statt. Siehe das Inserat in heutiger Nummer.

**Freie Religions-Gesellschaft Magdeburg.** Morgen Sonn- tag vorm. 9 1/2 Uhr, hält Herr Dr. Kramer im Gemeinde- hause, Marktstraße 1, einen Vortrag über das Thema: „Pflicht und Eigenliebe“. Der Zutritt ist jedermann gestattet.

**Sonnabend, 9. Juni:** Verband der Sattler und Tapezierer. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr in der „Burggasse“, Tischlergasse 28. Verband der Tapezierer Deutschlands, Filiale Magdeburg. Versamm- lung abends 8 1/2 Uhr in der „Burggasse“ (Zuh. Vater), Knochen- hauerstr. 27-28. Nicht nichtorganisierte Kollegen sind willkommen. Central-Krankenkasse der Nachbinder. Jeden Sonnabend Zahlabend im „Neustädter Hof“, Jakobstraße. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Suden- burg. Jeden Sonnabend abends von 8—10 Uhr im Restaurant „Deutscher Hof“, Michaelstr. 16, Zahlabend.

Freie Kranken- und Sterbefälle für Anhänger des Naturheilverfahrens. Filiale Neustadt. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, abends 8—9 Uhr, Zahlabend in hölzigen Restaurant, Morgenstr. 30. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Arbeiter-Turn-Verein Angora. Versammlung. Dahlenwarsleben. Arbeiter-Gesangverein „Sängerbund“. Jeden Sonnabend Übungsstunde.

Fermersleben. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metall- arbeiter. Jeden Sonnabend abends 8 1/2 Uhr Zahlabend und Auf- nahme neuer Mitglieder im Lokale der Witwe Lamsch.

Westerhüsen. Männer-Turnverein Westerhüsen. Jeden Mittwoch und Sonnabend Turnstunde bei Wäutigam.

Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.

Männer-Turnverein Leisdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8—10 Uhr Übungsstunde.

**Sonntag, 10. Juni:** Radfahrklub „Stern“. Ausflug mittags 1 1/2 Uhr nach Wolmirstedt von „Friedrichsplatz“.

### Briefkasten.

**Kl., Budau.** Wir geben schon in der letzten Sonntags- nummer bekannt, daß die Zeitung eine kürzere Zeit lang den geehrten Abonnenten erst am Vormittag zugestellt werden kann. Bis jetzt haben sich die Verhältnisse nicht geändert. — **Gottl. P., Alte-Neustadt.** Genosse Pistorius über „Die Sprachen, ein Spiegelbild der Völker“.

# Herren-Anzüge u. Knaben-Anzüge

sowie sämtl. Arbeits-Garderoben in allerbesten Stoffen und vorzüglichem Schnitt finden Sie am allerbilligsten und zu festen Preisen bei

## Carl Kriegsmann, Magdeburg, Ecke Hauptwache.

1641  
Rabatt-  
Marken.

### Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3 1/2—7 1/2 Uhr.

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts. Fernsprech-Anschluß 1409.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken- Versicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

### Städt. Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.

Weibliche 10—1 1/2 4—7

Gebührenfreie Vermittlung von männlichem und weiblichem Personal aller Art, wie Arbeitern, Hausdienern und Burschen, Handwerkern, Dienstboten, Aufwartungen und Arbeiterinnen.

10 gebrauchte 1646

### Herren- und Damen-Räder

sind billig zu verkaufen. Magdeburg, Gr. Münst. 9, Fahrrad-Verleih- Haus Paul Reiche & Co.

### Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig!

Herren- u. Damenstiefel, Stiefelsetz, Turn-, Strauß- und Kinderstiefel, Pantoffeln, auch aus Konfuzsmassen stammende Waren

Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Reparaturen und Uhren Neuarbeiten an Uhren jeder Art werden gut und billig ausgeführt. 618

**Fr. Pöllnitz, Uhrmacher**  
Mollatstraße 10a.

\* Ein fast neuer Handfederwagen ist zu verkaufen Budau, Gröbenstr. 7a, b. 3 Tr.  
\* Gut erhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen Sieberstr. 8, S. r. 1 Tr.

### Johannis

Bergstraße 5 werden Uhren zu folgenden Preisen repariert. Eine neue Feder 1.75 Mk., Uhr reinigen 1 Mk., größere Reparaturen zu jedem annehmbaren Preise. Die geehrten Leser dieses Blattes erhalten bei Abgabe von Reparaturen einen Wetter- Barometer umsonst. 1088

## M. Heinecke

Uhrmacher  
— Geschäft gegründet 1840. —

# Kaufhaus Sudenburg, Breiteweg 30c

In Massenauswahl:

## Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge, sämtliche leichte Sommer- konfektion zu nie gekannt billigen Preisen.

1649

## Strohüte bedeutend unter Preis.







## Die Reform der Unfallversicherung.

II.

Der Mindestbetrag des Sterbegeldes ist von 30 auf 50 Mark, die Rente für jedes Hinterbliebene, vaterlose Kind von 15 auf 20 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes erhöht. Außerdem sind die Renten für die Hinterbliebenen eines verunglückten Seemanns dadurch etwas größer geworden, daß die Ausnahmebestimmung des alten Gesetzes gestrichen wurde, und von jetzt ab für diese Renten auch die Beförderung als Lohn in Anrechnung gebracht werden muß. — Dieselben Renten sind jetzt auch bewilligt worden den Hinterbliebenen Kindern einer alleinstehenden Arbeiterin, ferner dem Witwer und den Kindern einer Familiemutter, die den Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit ihres Mannes ganz oder überwiegend bestritten hatte, und endlich elternlosen, bedürftigen Eiteln, deren Lebensunterhalt ebenfalls ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war. Besonders berücksichtigt ist der Fall, daß der Mann einer verunglückten Arbeiterin zwar erwerbsfähig ist, aber trotzdem nicht für seine Familie gesorgt hatte, so daß die Sorge für den Unterhalt der ganzen Familie auf der Mutter lastete. Wenn nun auch letztere infolge des Betriebsunfalls nicht mehr für ihre Kinder zu sorgen vermag, dann sind dieselben ganz verlassen. In einem solchen Fall ist die Vermögensgenossenschaft nur „berechtigt“, leider nicht „verpflichtet“, den Kindern eine Rente zu gewähren.

Den Eltern und Großeltern ist die Erlangung einer Rente etwas — allerdings nur sehr wenig — erleichtert. Ihr Anspruch hängt nicht mehr davon ab, daß der Verunglückte „ihr einziger Ernährer“ war, sondern davon, daß „ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war.“

Diese Verbesserungen verlieren jedoch dadurch einen guten Teil ihres Werts, daß auch fernerhin die Renten der Hinterbliebenen insgesamt 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes nicht überschreiten dürfen. Hatte der Verstorbene 2 oder mehr Kinder, so nehmen die Renten für die Witwe und 2 Kinder die 60 Prozent des Arbeitsverdienstes vollständig in Anspruch, und alle anderen Hinterbliebenen gehen trotz ihres Rechts auf dem Papier leer aus. Dies ist um so schlimmer, weil nach der neuen Fassung des Gesetzes den Hinterbliebenen auch dann, „wenn sie einen Anspruch auf Rente nicht haben,“ das allen anderen Menschen zustehende Recht auf Entschädigung des durch Nachlässigkeit des Unternehmers verursachten Schadens ausdrücklich aberkannt worden ist.

Von größerer Bedeutung für die Praxis ist die Verbesserung, daß die Versicherung erstreckt worden ist auf häusliche und andere Dienste, zu denen die Arbeiter neben der Beschäftigung im Betriebe von ihrem Unternehmer oder dessen Beauftragten herangezogen werden. Außerdem sind die bisherigen Bestimmungen über den Ausschluß der Entschädigungen in zwei Punkten eingeschränkt worden. Ohne einen Anspruch auf eine Rente steht diejenige Witwe da, welche den Verunglückten erst nach dem Unfall geheiratet hatte. Für besondere Fälle ist jetzt den Berufsgenossenschaften das Recht eingeräumt, auch solchen Witwen eine Rente zu gewähren. — Nach dem See-

Unfall-Versicherungs-Gesetz waren von der Versicherung ausgeschlossen diejenigen Unfälle, welche der Versicherte während des Urlaubs erleidet. Diese Bestimmung ist so geändert, daß dem Seemann, der während eines Urlaubs von einem Unfall betroffen wird, der Entschädigungsanspruch erhalten bleibt: 1. wenn der Unfall sich auf dem Wasser ereignete, in allen Fällen, 2. bei einem Unfall auf dem Lande dann, wenn der Verunglückte das Schiff nicht in eigenen Angelegenheiten verlassen hatte.

Dafür sind aber nach dieser Richtung hin mehrere Verschlechterungen ins Gesetz gebracht worden. So „kann“ der Entschädigungsanspruch ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorwärtlichen Vergehens sich zugezogen hat.

Ueberdies ist eine ganz neue Einrichtung geschaffen worden: das *Nutzen der Rente*, d. h. daß zwar der Anspruch der Rente bestehen bleibt, die Rente selbst aber für eine gewisse Zeit nicht ausbezahlt wird. Dieser Zustand soll eintreten: 1. so lange der Rentenberechtigte die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt. Die Familie des Rentenberechtigten erhält für diese Zeit die Entschädigungen, die ihr dann zustehen würden, wenn der Inhaftierte infolge eines Unfalls gestorben wäre. Würde diese mehr betragen als die dem Inhaftierten zustehende Rente, so wird diese an die Familie ausgezahlt. Außerdem „ruht“ die Rente, so lange der rentenberechtigte *Ausländer* seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande hat. Ist endlich der Rentenberechtigte ein *Deutscher*, so ruht während seines Aufenthalts im Auslande seine Rente so lange, wie er es unterläßt, der Ausführungsbehörde seinen Aufenthalt mitzuteilen.

Die Seeleute verlieren während ihres Aufenthalts im Auslande die fälligen Entschädigungsbeträge, so lange sie auf fremden Kriegsschiffen Dienste thun, oder ohne auf einem deutschen Schiffe angemustert zu sein, es unterlassen, der Berufsgenossenschaft ihren Aufenthalt mitzuteilen.

Ausbezahlt werden die Renten auch fernerhin im Voraus und zwar in der Regel in monatlichen Beträgen. Um aber bei kleinen Posten nicht beiden Parteien unnötige Mühe zu machen, sollen *Jahresrenten* bis zu 60 Mark in vierteljährigen Raten ausgezahlt werden, soweit nicht im Voraus anzunehmen ist, daß die Rente vor Ablauf des Vierteljahres fortfällt. Außerdem dürfen die Berufsgenossenschaften sich mit den Rentenberechtigten dahin verständigen, daß die Zahlung in noch längeren Zeitabschnitten erfolgt. Als eine Verschlechterung wird sich dagegen der Zusatz erweisen, der die *Kapitalbindung* bei einer Rente bis zu 15 Prozent der Vollrente zuläßt.

Einen besonderen Schlag gegen die ländlichen Arbeiter bedeutet der berichtigte „*Säuserparagraf*“, der von der gewerblichen Unfallversicherung im letzten Augenblick ferngehalten wurde, in der *Landwirtschaftlichen Unfallversicherung* jedoch verewigt worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist den ländlichen Arbeitern aber auch eine Verbesserung eingebracht worden durch den Zusatz, daß ihnen ohne ihre Zustimmung die Rente nicht mehr in Naturalien ausgezahlt werden darf, so daß die Auszahlung der Rente in Naturalien nur noch bei denen zulässig ist, deren Namen auf der „*Säuserliste*“ stehen.

Die völlige Machtlosigkeit der Arbeiter den Berufsgenossenschaften ist aufrecht erhalten. Dies ist um so nachteiliger für die Arbeiter, da durch diese Reform in einer ganzen Reihe von Fällen Anwendung an die Verunglückten und deren Hinterbliebene den Berufsgenossenschaften nicht als eine bindende, eventuell durch Klage zu erzwingende Verpflichtung auferlegt, sondern dem guten Willen dieser Unternehmer-Organisationen abhängig gemacht worden sind. — Selbst bei der Feststellung der Entschädigungen in der ersten Instanz bleiben die Arbeiter nach wie vor von der Mitwirkung ganz ausgeschlossen. Dafür ist die Frist, innerhalb deren der Rentenberechtigte über die ihm vor der Feststellung mitzuteilenden Unterlagen für die Bemessung der Renten äußern kann von 1 auf 2 Wochen verlängert worden. Innerhalb dieser Frist kann der Rentenberechtigte etwaige Wünsche auf anderweitige Gebungen der unteren Verwaltungsbehörde zu Protokoll geben. Von größerer Wichtigkeit ist die Änderung, daß die Berufsgenossenschaft das erste ärztliche Gutachten nicht mehr von jedem, ihr genehmen Arzt einholen darf, sondern stets den behandelnden Arzt hören muß. Nur wenn der behandelnde Arzt ein Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft ist, muß ein Antrag der Rentenberechtigten ein anderer Arzt gebilligt werden.

Bei einer angeblichen „*Veränderung der Verhältnisse*“ kann die Berufsgenossenschaft nur noch in den ersten zwei Jahren nach der ersten endgültigen Feststellung der Entschädigung die letztere ohne weiteres kürzen. Nach Ablauf dieser zwei Jahre darf eine Herabsetzung der Rente nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre vorgenommen werden. Und sind nach der ersten endgültigen Feststellung fünf Jahre vergangen, so steht die Änderung der Rente nicht mehr der Berufsgenossenschaft, sondern nur des *Schiedsgerichten* zu.

Der Anspruch auf Entschädigung verjährt auch fernerhin in zwei Jahren. Um aber innerhalb dieser Zeit den Verunglückten bezw. deren Hinterbliebenen die Wahrung ihres Rechts zu erleichtern, ist die Bestimmung hinzugefügt, daß die Frist auch dann als eingehalten gilt, wenn die Kammerband nicht, wie es bisher vorgeschrieben war, bei dem „*zuständige Vorstand*“, sondern bei einem nicht zuständigen Genossenschaftsorgan oder bei einer anderen Berufsgenossenschaft oder bei der für den Wohnort des Entschädigungsberechtigten zuständigen unteren Verwaltungsbehörde und für Erleute bei einem deutschen Seemannsamt im Auslande geschehen ist. Dieselbe Erleichterung gilt auch bezüglich der Einhaltung der vierwöchentlichen Berufungsfrist gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft. Für den Fall, daß sich zwei Berufsgenossenschaften darüber streiten, welche von ihnen die Rente zu bezahlen habe, ist die Bestimmung eingeschaltet worden, die zuerst angesprochene Berufsgenossenschaft habe den Rentenberechtigten eine vorläufige Fürsorge zu teil werden zu lassen und inzwischen die Streitfrage zu regeln.

Die wohl wichtigste Änderung ist der Ersatz der bisherigen berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte durch die *örtlichen Schiedsgerichte* der Invalidenversicherung. Dadurch ist eine viel schnellere und auch bessere Erledigung der anhängig gemachten Klagen zu erwarten, als es bisher der Fall gewesen war. Auch die Zuziehung von besonderen durch die Schiedsgerichte ernannten Vertrauensärzten erscheint

## Geniletton.

### Der Millionenbauer.

Von Max Meyer.  
(95. Fortsetzung.)

Ueberrascht blickte Hugo sich um. Marie hatte die Augen niedergeschlagen. Sonst war ihr feiner Teint fast durchsichtig, heute zeigte sich eine leichte Röte auf ihren Wangen. Und je länger er sie anblickte, je mehr begann ihr Gesicht zu glühen. Ihr Atem ging rasch, eine große Erregung schien sich ihrer bemächtigt zu haben. Er hätte niemals geglaubt, daß sie so liebreizend aussehend könnte. „Selbstam,“ dachte er wieder bei sich, „wie ein Weib sich plötzlich verändern kann. Sie scheint Dich doch außerordentlich zu lieben.“ Und sofort fiel ihm ein, daß Eheleute eigentlich sehr oft so gemüthlich neben einander sitzen sollten, um sich gegenseitig die Sorgen zu verschonen und bei guter Stimmung zu bleiben.

„Dann, bitte, sprich es frei heraus,“ sagte er endlich. „Ich komme mir heute wirklich etwas schwerfällig vor. Nun — zehn Minuten habe ich noch Zeit.“ Er zog seine Uhr; dann beschäftigte er sich mit der goldenen Kette und ließ sie durch die Finger gleiten.

„Wenn Du mir Dein Vertrauen schenkst — —“ Sie sah, wie er den Kopf schüttelte, und fuhr rasch fort: „Ich will nicht in Dich dringen. Nun, dann morgen, dann morgen.“

„Wir wollen sehen . . . Ich denke doch — ich zünde mir noch eine an.“ Er wußte nicht recht, ob sie ihn oder sich selbst mit dem „morgen“ meinte, erhob sich aber und schloß den Schrank an der Wand auf, in dem sich die Cigarren befanden. Während er ihr den Rücken wandte, machte sie eine rasche Bewegung, streckte den Arm aus, nahm den Revolver vom Rauchtisch und schob ihn unter das Korbbett. Als er sich wieder umwendete, sah er sie in derselben Lage verharren wie zuvor.

„Ja — morgen wird sich —“ begann er wieder, während er sich dem Lampencylinder näherte, um die Savanna anzuräucher; alles entscheiden, wollte er hinzufügen, besann

sich aber und that so, als ersticken die Worte beim Ausrufen. „Nun erlaubst Du doch noch, daß ich ausgehen darf,“ fuhr er nach einer Weile höflich fort.

„Gewiß, gewiß,“ fiel sie sofort ein. „Weshalb wirst Du erst ironisch! Du weißt doch am besten, daß ich Dich niemals in Deiner Freiheit beschränke.“

„Du bist heute von einer Freigebigkeit, die geradezu entzückend ist.“

„Wie man's nimmt.“

Diese Worte klangen so bescheiden, daß er sich zum zweiten Male überrasscht nach ihr umwandte: sie lächelte wahrhaft bezaubernd. Er wurde wirklich aus ihr nicht klug. Plötzlich fiel sein Blick auf den Brief Klöpplers, der unter der Lampe lag; dadurch wurde der gute Eindruck dieser Unterhaltung bei ihm sofort verwischt. Sollte er ihr sagen, was vorgefallen war, sie in alles einweihen? Aber nein, nein — das gäbe vielleicht nur dieselbe zwecklose Auseinandersetzung, die er bereits einmal mit ihr über diese Angelegenheit gehabt hatte. Und doch — wenn er ganz vernünftig mit ihr spräche, ihre gute Stimmung benutzte . . . Das Leben war so schön, er so jung, und Genuß und Zerstreuung winkten von allen Seiten. Aber weshalb sich den Abend ganz und gar verderben! Morgen früh war ja noch immer Zeit. Und dann hatte er noch so manche Stunde, um zu stehen, oder zu fallen. Er schwankte nicht mehr, faltete den Brief zusammen und steckte ihn ein. Er empfand Kopfschmerz und sehnzte sich nach der frischen Luft.

„Nun, dann adieu.“ Sei nicht böse, wenn ich etwas später kommen sollte.“ Er reichte ihr die Hand.

Sie begleitete ihn bis an die Thür und sagte: „Hast Du mir wirklich nichts zu sagen, Hugo? Sei aufrichtig. Denke doch daran, daß ich nun einmal Deine Frau bin. Du siehst so ganz anders aus wie sonst.“

Die Weichheit ihres Tones machte einen großen Eindruck auf ihn; noch einmal kämpfte er mit sich. Dann erwiderte er etwas ärgerlich: „Aber ich begreife Dich heute garnicht . . . Nichts, nichts! Laß mich nur jetzt . . . Adieu.“

Fünf Minuten hatte sie allein gegessen und in das Licht der Lampe gestarrt, als sie sich erhob, behutsam den Rev-

olver hervorholte und ihn, den Lauf vorsichtig nach unterhaltend, auf einen Tisch in der Nähe legte. Dann klingelte sie. Jean erschien.

„Die Frau Baronin befehlen?“

„Jean, sehen Sie sich einmal das Ding dort an. Sie es geladen? Mein Mann kramte in seinem Schreibtisch zeigte mir die Waffe und vergaß sie wieder fort zu schließen. Ich habe ordentlich Angst . . . Sie verstehen doch damit umzugehen?“

„Das wäre ja noch schöner, wenn ich 's nicht verstünde. Ich habe bei den Garde-Drägouern gestanden,“ erwiderte Jean, die letzten Worte sehr stark betonend. Dann machte er sich an die Untersuchung. „Hut — alle sechs geladen, gnädige Frau.“ Er zog die Augenbrauen in die Höhe, pflügte einige Augenblicke leise vor sich hin, wobei er den Revolver von allen Seiten prüfte, und fuhr fort: „Eine gefährliche Sache, wenn so 'n Ding in unrechte Hände kommt. Es könnte schief gehen . . . Der Herr Baron hat gewiß an Diebe gedacht, als er hier einzog. Uebrigens sehr schön gearbeitet. Ein Geschenk an den gnädigen Herrn, wie es scheint.“ Reif geworden durch das ihm geschenkte Vertrauen begann er die Inschrift auf dem geschmackvoll eiselierten Stahlrohr zu entziffern: „Dem — Major Freiherrn von Heckenstett —“

„Es ist gut, es ist gut. Seien Sie nicht so neugierig. Es ist ein Andenken von meinem Herrn Schwiegervater, unterbrach ihn Marie. „Nehmen Sie einmal die Patronen heraus . . . Wie wird denn das überhaupt gemacht?“ Sie zeigte sich sehr neugierig und trat näher heran.

„Das ist sehr leicht . . . Wenn die Frau Baronin Sie gefälligst überzeugen wollen . . . So — — und so — — und so!“

Das Schnappen und Klappen tönte laut durch das Zimmer. Marie sah ihm aufmerksam auf die Finger und hörte seiner Erklärung gespannt zu. Es erschien ihr alles sehr einfach. Dann lagen die ungeladene Waffe und die sechs Patronen neben einander.

„So, es ist gut. Sie können gehen . . . Es kann mir wenigstens kein Unglück geschehen. Ich werde alles weglegen.“

(Fortsetzung folgt.)



als eine Verbesserung. Verschlechtert ist dagegen das durch die Bestimmungen, daß den Arbeitern solche des Verfahrens vor den Schiedsgerichten und dem Versicherungsamt zur Last gelegt werden können, welche Mithinwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Verhinderung berechnetes Verhalten veranlaßt worden sind und daß vom Reichs-Versicherungsamt solche Mithinwillen oder Verschleppung zurückgewiesen werden können, die von den bei dem Beschluß mitwirkenden Mitgliedern nicht für offenbar ungerechtfertigt erachtet werden.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung ist eine Verbesserung insoweit eingetreten, daß stets vor der Formulierung der Unfallverhütungs-Vorschriften die Vertreter der Arbeiter gehört werden müssen. Diese Verbesserung hat jedoch so gut wie gar keine Bedeutung, da die Arbeiter auch in Zukunft von jeder Einwirkung auf die Ueberwachung der Verhütung ausgeschlossen sind. Zugleich ist selbst die materielle Haftung der Unternehmer für ihre Sünden in Sachen der Unfallversicherung fast ganz aufgehoben. Den Berufsgenossenschaften ist nämlich das Recht verlesen, von der Verfolgung des Erstattungsanspruchs gegen solche Unternehmer, die einen Unfall durch Fahrlässigkeit im Beruf herbeigeführt haben, ganz oder teilweise abzugeben und überdies eine besondere Befreiung der Unternehmer gegen die Haftpflicht einzuführen. Dafür ist den Berufsgenossenschaften das Recht eingeräumt, daß sie nicht mehr darauf zu warten haben, ob ein solcher fahrlässiger Unternehmer vom Staatsanwalt in krimineller Verantwortung gezogen wird, sondern daß sie auch ohne diese Voraussetzung den Unternehmer für den durch seine Fahrlässigkeit verursachten Schaden haftbar machen kann.

Alles in allem muß anerkannt werden, daß durch die Reform der Unfallversicherung eine Reihe von Verbesserungen erzielt worden ist, deren Bedeutung durch die leider ebenfalls vorhandenen Verschlechterungen zwar vermindert, aber doch durchaus nicht ganz aufgehoben ist. Daß nicht mehr erreicht worden ist, trotzdem noch so viele nur zu berechnete Verbesserungen der Arbeiter hätten berücksichtigt werden können und müssen; dafür trifft die Verantwortung das Centrum und — nach dem glorreichen Vorbilde der Nationalliberalen — gegenüber der Regierung und dem hinter ihr stehenden Centralverband der Industriellen fast jede Widerstandsfähigkeit, wenigstens in Arbeiterfragen, eingebüßt hat.

Unter diesen Umständen ist es die Pflicht der Arbeiter, den weiteren Ausbau der Unfallversicherung keine Sekunde aus dem Auge zu verlieren, sondern auch fernsichtiger durch unermüdete Agitation die allgemeine Aufmerksamkeit auf die trotz der jetzigen Reform der Unfallversicherung noch immer anhaftenden schweren Mängel zu richten. Die jetzige Reform der Unfallversicherung darf nicht der Abschluß der Reform sein, sondern muß zum Beginn einer neuen Reform werden.

## Soziale Bewegung.

**Die Straßenbahnangelegenheiten** in Hannover haben sich, nachdem die Direktion die Vermittlung des Stadtdirektors abgelehnt hatte, an den Regierungspräsidenten gewandt. Sie haben damit bewiesen, daß sie bereit sind, jeden Versuch zur Beilegung des Streiks zu thun, die Direktion hat aber auch dem Regierungspräsidenten den Stuhl vor die Thür gesetzt, indem sie dessen bereitwillig übernommene Vermittlung ablehnte. Es bleibt den Angelegten nun nichts weiter übrig, als bedingungslos zu kapitulieren oder den Kampf fortzusetzen im Vertrauen darauf, daß die Direktion nachgeben muß. Es wird sich also fragen, wer es am längsten aushält. Die Aktien sind von 104 auf 100 gesunken. Wie in Berlin geschehen, so nimmt auch in Hannover die Bevölkerung Partei für die Streitenden gegen die Gesellschaft. Die Tumulte wiederholten sich, 52 Personen wurden verhaftet. — Auch in Königsherg sind die Straßenbahnangelegenheiten in eine Lohnbewegung eingetreten. — In Köln a. Rh. ist der Streik zu Ungunsten der Straßenbahner beendet. Der Bürgermeister hatte jedem, der nicht die Arbeit sofort wieder aufnahm, mit Einbehaltung der Kautions gedroht, da Kontraktbruch vorliege, ferner mit Entlassung. Eine Lohnzulage war zwar bewilligt worden, über die anderen Forderungen wollte man jedoch erst nach der Wiederaufnahme des Dienstes verhandeln. Wurde dies Ansuchen auch am Abend in der Versammlung noch abgelehnt, so wurden am nächsten Morgen doch immer mehr und mehr schwanke und nahmen den Dienst auf.

**Der Holzarbeiterstreik** in Krefeld ist nach neunwöchentlicher Dauer beendet. Die Arbeit ist am 6. Juni wieder aufgenommen. Es ist ein Vergleich zu Stande gekommen.

**Holzarbeiterstreik** in München. Die Hofmöbelfabrik von Ballin sucht in auswärtigen Blättern Möbel-Schreiner, die Münchener Schreinermeister haben die Forderung um Einführung des Neunhunderttages abgelehnt und beschlossen, falls die Gehilfen auf ihrer Forderung bestehen, sämtliche Holzarbeiter auszusperrten. Wir ersuchen die Schreinergehilfen, hiervon Notiz zu nehmen.

In **Wien** haben die **Dseniker** die Arbeit gegen Zugeständnisse wieder aufgenommen.

Der in Berlin drohende **Bäckereiarbeiterausstand** wird erfreulicherweise doch verhütet werden. Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts fanden bereits Einigungs-Verhandlungen statt. In der Vorbesprechung war festgestellt worden, daß die Hauptstreitfrage, „die Abschaffung von freier Kost und Wohnung bei den Meistern“, wegen der Schwierigkeiten in der Praxis usw. nicht so leicht mit einem Male „losgelöst“ werden könne. Bemerkte wurde, daß in diese alten Verhältnisse über kurz oder lang eine radikale Milderung mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten sei. (Eine Bäckerverordnung des Bundesrats?!) Eine behrliche Verordnung, die alle die Fragen einer Regelung unterziehe, liege im Bereich der Möglichkeit.

womit die Bäckereimeister rechnen müßten. Es sei also empfehlenswert, zur Vermeidung eines ungewissen, langen wirtschaftlichen ruinösen Kampfes den Arbeitern entgegen zu kommen, ihre berechtigten Forderungen freiwillig zu bewilligen, als später solche durch Zwang zuzugestehen.

**Der Frankfurter Holzarbeiterstreik** gestaltet sich mehr und mehr zu einer Machtprobe des koalitierten Bauunternehmertums. Der Beweis hierfür wurde am Freitag in zwei stark besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlungen vollaus erbracht. Von allen Rednern wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Kampf mit aller Energie weiter geführt werden müsse. In beiden Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammelten anerkennen, daß die Absichten des Unternehmertums nur darauf gerichtet sind, den Streik zu einer Machtfrage zu gestalten, um die Arbeiter für immer niederzuwerfen und deren Organisation zu vernichten.

## Dritte Generalversammlung des Centralvereins deutscher Formner.

Hamburg, 5. Juni.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Der Bericht des Hauptvorstandes fand nach kurzer Diskussion seine Erledigung, worauf Clausen-Hamburg den Ausschußbericht erstattete. Gegen den Hauptvorstand sei keine Beschwerde eingekommen, ebenso hätten die Mitglieder des Ausschusses nichts gegen die Thätigkeit des Vorstandes einzuwenden. Hauptvorstand und Ausschuß hätten mehrere gemeinschaftliche Sitzungen abgehalten, in welchen eine große Anzahl des Verbandslebens und andere Angelegenheiten betreffende Gegenstände ihre Erledigung gefunden hätten. Der Bericht der Revision-Kommission giebt zu seiner Ausstellung Anlaß. — Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Vereinbarung mit dem Metallarbeiter-Verband“, referierte Müntzer-Altbed, der die Annahme folgenden Entwurfs empfahl:

„Zwischen dem Vorstände des Centralvereins der deutschen Formner und dem Vorstände des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird zur Erzielung einer größeren Aktionsfähigkeit beider Verbände folgendes vereinbart:

1. Streiks, Lohnbewegungen etc. Die Anerkennung von Lohnbewegungen, Ausfäherungen und Streiks, sowie die Verhängung der Sperre erfolgt, sofern Mitglieder beider Verbände in Frage kommen, durch vor der Arbeitsniederlegung zwischen beiden Vorständen herbeizuführende Verständigung eventuell auf Grund einer von Vertretern beider Verbände statgefundener Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse. Vor der Entscheidung der beiderseitigen Vorstände darf unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden. Die Unterstüfung ihrer an Ausständen beteiligten Mitglieder regelt jede Organisation selbst nach ihren Statuten, dagegen unterliegt die Durchführung und Beendigung von Ausständen der Verständigung und Beschlußfassung beider Vorstände.

2. Bezüglich der Organisation Ausgeschlossener. Zwischen beiden Organisationen findet von Zeit zu Zeit ein Austausch der Listen der wegen Schädigung von Verbandsinteressen ausgeschlossener Mitglieder statt und darf kein Verband einen von dem anderen Verband aus obigen Gründen Ausgeschlossenen aufnehmen.

3. Bezüglich Uebertreits. Der Uebertreits von einer Organisation zur anderen steht den Mitgliedern beider Organisationen, sowohl einzeln wie als Verwaltungsstellen (Zahlstellen) frei, ebenso soll jeder Organisation die Aufnahme Uebertretender Mitglieder, einzeln und als Zahlstelle, im allgemeinen freigestellt bleiben. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf Mitglieder und Verwaltungsstellen, die wegen momentaner Mißstimmung gegen ihre Verbandsleitung oder deren Vertreter Uebertreten wollen, bleibt dem Tatgesicht jedes Vorstands überlassen.

4. Bezüglich Extrabeiträge und Sammellisten. Die Regelung des Sammellistenwesens bezw. der Erhebung von Extrabeiträgen hat in den einzelnen Verwaltungsbezirken beider Organisationen durch Verständigung beider Verwaltungen in der Weise zu erfolgen, daß jeder moralische Zwang seitens der Mitglieder des einen Verbandes auf die Mitglieder des anderen Verbandes zur Zeichnung auf Listen der ersteren, oder zur Leistung von Extrabeiträgen an letztere und umgekehrt vermieden wird.

5. Bezüglich Presse und Agitation. Die vertretenen Vorstände verpflichten sich, künftighin in Wort und Schrift alles zu vermeiden, was geeignet ist, gegenfeitig Antipathie, Mißstimmung und Mißtrauen hervorzurufen oder zu schüren.

Grenz-Bezirk empfahl die Annahme einer Resolution, welche u. a. verlangt, daß ein Formertongreß, der von den im Centralverband mit dem Metallarbeiter-Verband organisierten Formnern zu beschiden sei, über die fernere Ausgestaltung der Organisation entscheiden solle. — Die meisten Redner sprachen sich gegen den völligen Uebertreits der Formner in den Metallarbeiter-Verband aus. Die Selbstständigkeit des Centralvereins der Formner müsse gewahrt und deren Fachorgan, „Glückauf“ hochgehalten werden. Um 1 Uhr mittags wurde die Debatte abgebrochen und auf Mittwoch morgen verlagert, da am Dienstag nachmittag die Delegierten mit dem Dampfer „Hammonia“ eine Rundfahrt durch die Hamburger Hafenanlagen antreten, an welche sich eine Ausfahrt nach Blankenese anschloß. Mittwoch wurde die Resolution Grenz angenommen.

## Hauptmann und Ortsvorsteher.

Eine interessante Gerichtsverhandlung, die Zeugnis davon ablegt, daß der Militarismus unter Umständen recht wenig Respekt vor der geheiligten Institution des Eigentums, zu deren Schutz er doch vorwiegend berufen sein soll, hat, spielte sich am Donnerstag vor dem hiesigen Schöffengericht ab. Angeklagt war der frühere Ortsvorsteher **Mische** zu **Preßler** wegen **Beleidigung** des Hauptmanns **Vorberg** von der 6. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 26. Den der Anklage zu Grunde liegenden Vorfall schildert der Angeklagte folgendermaßen:

Am 9. August nahm eine Abteilung Soldaten unter dem Befehl des Hauptmanns **Vorberg** in der Nähe von **Preßler** eine Uebung vor. Hierbei schlugen die Soldaten auf einem Grundstück des Angeklagten Zelte auf. Da dieses Grundstück noch nicht vollständig abgeerntet war, legte **Mische** gegen die Benutzung des Feldes Protest ein und erkundigte sich bei dem Führer der Truppe, einem **Vicesfeldwebel**, wer die Uebung auf seinem Grundstück angeordnet habe. Während dieser Unterredung kam auch der Hauptmann **Vorberg**, der den Befehl erteilt hatte, angeritten und antwortete auf die Frage des **Mische**, ob er, der Hauptmann den Befehl erteilt habe, auf dem Grundstück eine Uebung vorzunehmen, mit dem einen Worte: **Warum?** Weil das Grundstück noch nicht abgeerntet ist und insfolgedessen nicht betreten werden darf, war die Antwort des **Mische**. Der Hauptmann weigerte sich jedoch, seine Leute zurückzurufen, es entstand ein Wortwechsel zwischen ihm und dem Besitzer des Feldes, der damit endete, daß der Hauptmann dem **Mische** androhte, er werde ihn arretieren lassen, wenn er nicht sofort ruhig sei. Als dieser sich selbstverständlich auf seinem eigenen Grund und Boden eine solche Behandlungsweise ganz entschieden verbat, machte der Herr Haupt-

mann **Vorberg** kurzen Prozeß. Er beorderte drei Leute, die den **Ortsvorsteher am Arm nahmen, ihn eine Strecke wegführten** und dann wieder freiließen. **Mische** begab sich nun auf das Nachbargrundstück, wo mehrere Leute arbeiteten, die den Vorfall mit angesehen hatten und erklärte diesen, er werde sich über die ihm widerfahrne Behandlung beim Generalkommando beschweren. Diese Aeußerung hörte der Hauptmann **Vorberg**. Er kam herangeritten und sagte zu **Mische**: **Regen Sie sich nicht so auf, sonst bekommen Sie noch Flecken in die Hosens, Sie sind ja jetzt schon ganz blaß.** Auch das Wort **„Dreckbauer“** oder **„dreckiger Bauer“** soll im Verlauf des Streites seitens des Hauptmanns gefallen sein.

Die Angelegenheit nahm nun den bei uns üblichen Verlauf. **Mische** beschwerte sich beim Generalkommando und beantragte Strafverfolgung wegen **Freiheitsberaubung**. Ueber diesen Strafantrag ist bis heute eine Entscheidung noch nicht erfolgt, dagegen stellte **Vorberg** im Auftrage des Generalkommandos einen Strafantrag wegen **Beleidigung** und **Mische** hatte sich dieserhalb vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der als Zeuge geladene Hauptmann **Vorberg** schilderte die Angelegenheit in anderer Weise, wie der Angeklagte. Er behauptete auf eine Aufforderung von ihm an den Angeklagten, er solle sich anständig betragen, habe der Angeklagte geantwortet: **Ich soll mich ihnen gegenüber anständig betragen, sie haben ja gar keine Bildung.** Dadurch und durch andere Ausdrücke des Angeklagten habe er sich beleidigt gefühlt. Er habe den Strafantrag auch deshalb gestellt, weil der Angeklagte sich dahin geäußert habe, er wolle sich beim Generalkommando beschweren. Der Angeklagte behauptet demgegenüber, er habe auf die Aeußerung des Hauptmanns von den **Flecken in den Hosens** gesagt: **Das will nun ein gebildeter Mann sein.** Daß er von **Flecken** gesprochen habe, giebt der Hauptmann zu, bestritt aber, daß die Aeußerung in diesem Zusammenhange gefallen sei, worauf der Verteidiger darauf hinweist, daß in einem anderen Zusammenhange die Aeußerung doch vollständig unverständlich sei. In der Voruntersuchung hat der Zeuge zugegeben, es sei möglich, daß das Wort **dreckiger Bauer** oder **Dreckbauer** gefallen sei; in der Hauptverhandlung bestreitet er, den Ausdruck **dreckiger Bauer** gebraucht zu haben. Bezeichnend für die Auffassung des Hauptmanns **Vorberg** ist folgende kleine Episode, die sich während seiner Vernehmung als Zeuge abspielte. Er behauptete, das **Feld** sei abgeerntet gewesen, in der Nähe hätten eine Anzahl **Mandeln** gestanden. Als der Angeklagte dieses als unwahr bezeichnete, meinte der Herr Hauptmann, das sei doch wieder eine neue Beleidigung, er mußte sich jedoch vom Vorsitzenden und vom Verteidiger belehren lassen, daß der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen handle und daß der Vorwurf der objektiven Unwahrheit durchaus keine Beleidigung darstelle.

Der Angeklagte hatte eine Reihe von Zeugen namhaft gemacht, die seine Aussagen unterstützen sollten. Leider kam es nicht zur Vernehmung derselben, da der Termin verlagert wurde, da nach § 52 der Militärstrafprozessordnung erst die Entscheidung der Militärbehörde darüber eingeholt werden muß, ob gegen den Hauptmann ein Strafverfahren wegen Freiheitsberaubung anhängig gemacht werden soll. Ob es überhaupt noch einmal zu einer Verhandlung kommen wird, ist zweifelhaft, da der Verteidiger des Angeklagten Verjüchere machen wird, durch einen Vergleich und Zurücknahme der beiderseitigen Strafanträge die Sache zu erledigen. Es wäre schade, wenn dieses kleine Intermezzo zwischen Hauptmann und Ortsvorsteher, welches so bezeichnend ist für den Respekt des Militarismus vor dem Staatsbürger im Zivilkleide, auf diese Weise seine Erledigung fände.

## Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null

	Hzer, Gzer, Moldau.		Zollwache	
Jungbuslau	6. Juni + 0.12	7. Juni + 0.19	—	0.07
Laura	„ + 0.52	„ + 0.39	0.13	—
Budweis	„ + 0.08	„ + 0.05	0.03	—
Prag	„ + 0.72	„ + 0.50	0.22	—
	<b>Milde.</b>			
Dessau	6. Juni + 0.84	7. Juni + 0.74	0.10	—
Muldebrücke				
	<b>Unstent und Saale.</b>			
Straßfurt	6. Juni + 1.40	7. Juni + 1.35	0.05	—
Erotha	„ + 3.16	„ + 2.92	0.24	—
Mleben	„ + 3.16	„ + 2.90	0.26	—
Bernburg	„ + 2.68	„ + 2.45	0.23	—
Calbe, Oberpegel	„ + 2.10	„ + 2.00	0.10	—
do. Unterpeg.	„ + 2.56	„ + 2.26	0.30	—
	<b>Elbe.</b>			
Baruth	5. Juni + 0.40	6. Juni + 0.25	0.15	—
Brandeis	„ + 0.87	„ + 0.80	0.07	—
Melch	„ + 0.72	„ + 0.47	0.25	—
Reitmeritz	„ + 0.68	„ + 0.52	0.16	—
Mühlitz	6. „ + 1.05	7. „ + 0.85	0.20	—
Dresden	„ — 0.24	„ — 0.43	0.19	—
Lorgan	„ + 1.16	„ + 2.03	0.13	—
Wittenberg	„ + 2.79	„ + 2.68	0.11	—
Mörskau	„ + 2.31	„ + 2.20	0.11	—
Barby	„ + 2.92	„ + 2.84	0.12	—
Schönebeck	„ + 2.68	„ + 2.63	0.05	—
Magdeburg	7. „ + 2.40	8. „ + 2.20	0.20	—
Langermünde	6. „ + 3.18	7. „ + 3.27	—	0.09
Wittenberge	„ + 2.76	„ + 2.79	—	0.13
Pömitz, Pegel	„ + 1.85	„ + 1.97	—	0.12
Lauenburg	„ + 1.84	„ + 1.95	—	0.11
	<b>Havel.</b>			
Brandenburg				
Oberpegel	5. Juni + 2.21	6. Juni + 2.15	0.06	—
do. Unterpegel	„ + 1.81	„ + 1.80	0.01	—
Rathenow				
do. Oberpegel	„ + 1.83	„ + 1.79	0.04	—
do. Unterpegel	„ + 1.44	„ + 1.44	—	—
Havelberg	„ + 2.58	„ + 2.62	—	0.04
	<b>Oder.</b>			
Koßel	5. Juni + 1.15	6. Juni + 1.07	0.08	—
Brieg Oberpegel	„ + 4.70	„ + 4.63	0.10	—
do. Unterpegel	„ + 2.52	„ + 2.34	0.18	—
Breslau Oberpeg.	„ + 5.26	„ + 5.18	0.08	—
do. Unterpegel	2. „ — 0.20	5. „ — 0.02	0.18	—
Frankfurt	„ + 1.44	„ + 1.45	—	0.01
Küstern	„ + 1.24	„ + 1.20	0.04	—